



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat



Jedes
Alter
zählt

Die Demografiestrategie
der Bundesregierung

Demografiepolitik im Querschnitt

Résumé des Bundesministeriums des Innern,
für Bau und Heimat zum Ende der 19. Legislaturperiode

Vorworte



In den Händen halten Sie das dreiteilige Résumé des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat zum Themenfeld Demografie in dieser Legislaturperiode: politisch und wissenschaftlich, analog und digital, im Querschnitt und fachspezifisch.

Die Demografie ist eine der ältesten Sozialwissenschaften der Welt. Und ihre Zielgruppe ist stets von beeindruckender Größe: Sie umfasst die gesamte Bevölkerung, von Jung bis Alt. Die Bundesregierung hat mit ihrer Demografiestrategie „Jedes Alter zählt“ eine breite Auseinandersetzung mit den demografischen Herausforderungen und Chancen in unserem Land in Gang gebracht. Für das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat stand in dieser Legislaturperiode die Umsetzung der Strategieziele durch einen intensiven Dialog mit den Regionen sowie einen breiten Wissenstransfer aus der Wissenschaft in die Praxis im Mittelpunkt. Angesichts der deutschen EU-Ratspräsidentschaft nahm zugleich der intensive Austausch mit den europäischen Nachbarn großen Raum ein.

Dies spiegelt sich in den beiden Demografiebänden des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat und des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung wider. In ihnen finden Sie eine Fülle von Praxisbeispielen und wissenschaftlichen Erkenntnissen. Ergänzt werden diese durch ein Schwerpunktkapitel zur Demografiesicherung im Zeichen der Babyboomer sowie zur Relevanz der Bevölkerungsdaten in Zeiten der Covid-19-Pandemie. Die Bände geben eine Rückschau auf Entwicklungen des vergangenen und einen Ausblick auf die Trends des kommenden Jahrzehnts.

Als Schirmherr der Programme Work4Germany und Tech4Germany freut mich dabei besonders die Beteiligung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat am Pilotjahrgang von Work4Germany, wodurch die Erstellung des Demografieberichts in digitaler Form unterstützt und dadurch Demografie auch digital zugänglich wird.

Sie sind eingeladen, sich mit Bildern, Videos, Links und weiteren Anregungen online und offline über wichtige demografische Themen zu informieren.

Ich wünsche Ihnen beim Erkunden viel Freude und spannende Erkenntnisse!

Prof. Dr. Helge Braun, MdB

Bundesminister für besondere Aufgaben
und Chef des Bundeskanzleramts



Strategische Ansätze zu entwickeln, gehört zum Kerngeschäft einer jeden Bundesregierung. Je größer die inhaltliche Themenfülle, desto komplexer ist die strategische Architektur, die versucht, eine gestalterische Antwort zu geben. Die Demografiestrategie der Bundesregierung formuliert schon in ihrem Titel „Jedes Alter zählt“ einen breiten Anspruch:

Eine Bevölkerung von mehr als 83 Millionen Menschen ist reich an komplexen Konstellationen: Jung und Alt, Verheiratete und Alleinstehende, Berufstätige und Ruheständler, Sesshafte und Mobile – jede und jeder von uns gehört dazu mit den Bedürfnissen und Wünschen hinsichtlich Zusammenhalt, funktionierender Infrastrukturen und tragfähiger Wirtschafts- und Finanzsysteme. Das alles befindet sich in einem fragilen System von Abhängigkeiten und Widersprüchen, die es auszutarieren und aufzulösen gilt.

Eine wohl durchdachte und fein abgestimmte Strategie ist dabei ein wertvolles Fundament; ohne praktische Umsetzung bliebe sie gleichwohl nur ein kühner Anspruch.

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat hat diese Legislaturperiode ganz in das Zeichen der Umsetzung gestellt. Als federführendes Ressort, das vor allem im Querschnitt aller Handlungsfelder der Strategie tätig ist, hat es auf allen Ebenen gewirkt: Vor Ort in Süd und Nord mit Demografiedialogen in den Kommunen, zur Demografiesicherung im öffentlichen Dienst mit den anderen Ressorts und auf europäischer Ebene im Austausch mit unseren Nachbarn zu den vielen Gemeinsamkeiten der innereuropäischen Bevölkerungsentwicklung.

Die Demografie als wissenschaftliche Disziplin kann – zumindest eine gewisse Zeitspanne – in die Zukunft blicken und uns mit Simulationen und Berechnungen auf aktuelle Trends und künftige Entwicklungen einstellen. Wachstum durch Zuwanderung, Alterung durch hohe Lebenserwartung und niedrige Geburtenraten, aber auch territoriale Disparitäten durch Wohlstandsgefälle sind kein deutsches Phänomen allein. Gefühlten Wahrheiten dabei immer wieder mit präzisen, wissenschaftlich fundierten Analysen entgegen zu treten ist Aufgabe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden. Nicht zuletzt Corona hat gezeigt, wie relevant und wertvoll die Erkenntnisse der Demografieforschung sind, wenn es beispielsweise um die Verknüpfung von Krankenhauskapazitäten mit dem Anteil von Menschen mit Vorerkrankungen in den Regionen geht.

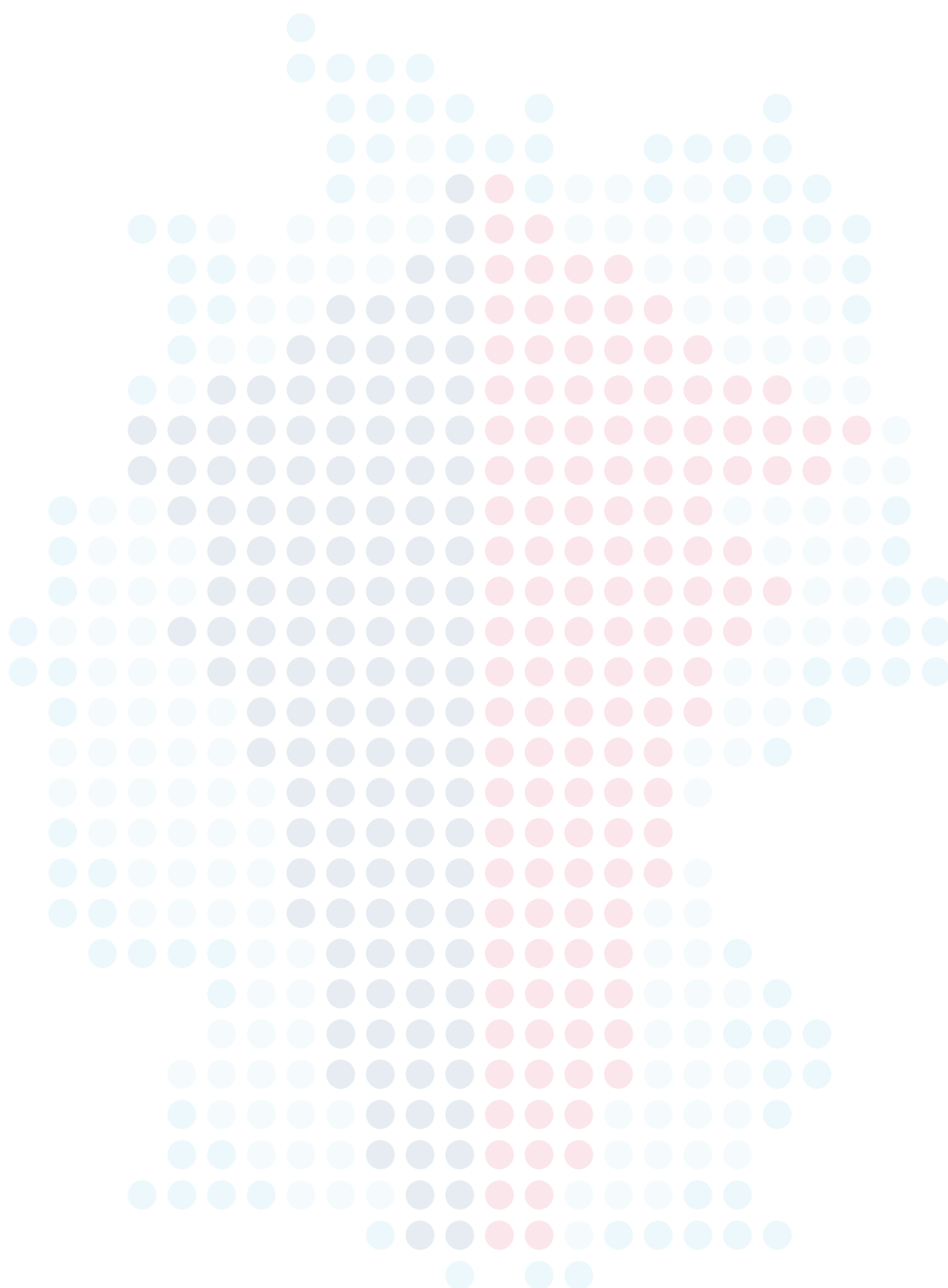
Hierzu und zu vielem mehr finden Sie in den beiden Demografiebänden des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat sowie in dem digitalen Angebot des Ministeriums und seines Forschungsinstituts umfassende Erklärungen und praktische Beispiele.

Viel Vergnügen auf Ihrer demografischen Reise!



Dr. Markus Kerber

Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat



Inhalt

I. Demografische Entwicklungen verstehen und gestalten: Miteinander und chancenorientiert!	6
1. Demografische Entwicklung oder „Fakten contra Fake News“	8
2. Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse – Auftrag der Kommission und Säule der Demografiestrategie	14
3. ...und darüber hinaus: Herausforderungen und Chancen in nahezu allen Lebensbereichen oder „Die Demografiestrategie der Bundesregierung“	16
4. „Jedes Alter zählt“ als politischer Auftrag: Der Gestaltungsanspruch des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	20
II. Demografie im Querschnitt – Beispiele nationaler Umsetzung	26
1. Zusammen vor Ort im Demografiedialog: Kommune – Land – Bund	28
2. Arbeiten im Ressort- und Länderkreis: Der Wandel vollzieht sich fachübergreifend und regional unterschiedlich	32
3. Demografieportal im neuen Gewand: Modernes und responsives Design flankiert die Einführung der Ländermonate	34
4. Politikberatung: Maßgeschneidert in alle Richtungen	38
5. Demografiesicherung am Arbeitsmarkt: Der öffentliche Dienst geht voran	42
III. Ein europäisches Netzwerk entsteht	46
1. Initiative auf EU-Ebene	48
2. Bilateraler Austausch	50
3. Nicht zusammen und doch ganz nah: Virtuell und ministeriell auf EU-Ebene	52
IV. Demografie – ein weltumspannendes Thema	54
1. Die Bevölkerungskommission der Vereinten Nationen (VN)	56
2. Der Blick nach Asien und darüber hinaus	60
3. Ein Portal zieht in die Welt – mit einem Koffer voller Know-how!	64
V. Covid-19-Pandemie – Bevölkerungsstrukturdaten aufarbeiten und vermitteln	66
VI. Demografie 4.0 oder „Jedes Alter (er)zählt“	72
VII. Ein Blick in die Zukunft	76
1. Bewährtes fortführen	78
2. Weltweite Entwicklungen aufgreifen und eigene Akzente setzen	80



I.

Demografische
Entwicklungen
verstehen und gestalten:
Miteinander und
chancenorientiert!



Quelle: pixelfit/E+/Getty Images

Der demografische Wandel wird die Voraussetzungen für die Entwicklung von Wohlstand und Lebensqualität in den nächsten Jahren und Jahrzehnten in Deutschland deutlich verändern. Unsere Gesellschaft wird älter und – zumindest auf lange Sicht – wahrscheinlich kleiner. Zudem wird sie auch vielfältiger werden, unter anderem durch Zuwanderung. Bevölkerungsbezogene Prozesse sind dabei maßgeblich für alle wichtigen Lebensbereiche: Ballung der Bevölkerung in bestimmten Regionen und Arbeitsmärkten, Wohnen und Pendeln, Nachfrage nach schulischer Bildung, Nachfrage und Nutzung von digitaler Infrastruktur, von Angeboten der Gesundheitsversorgung und vieles andere mehr. Diese Faktoren wiederum bestimmen auch darüber mit, wie lange und wie gesund Menschen leben, wo sie sich niederlassen und wie viele Kinder sie bekommen (wollen).

Die Bundesregierung hat im Rahmen ihrer Demografiepolitik das Ziel, bestmögliche Rahmenbedingungen zu schaffen, um das wirtschaftliche Wachstumspotenzial zu stärken und

das Wohlstandsniveau auch für künftige Generationen zu erhalten und die Voraussetzungen hierfür sind günstiger als je zuvor. Sie sollen im Folgenden kurz dargestellt und anhand von Zahlen und Fakten untermauert werden. Denn Aufgabe von Politik ist es, nachvollziehbar und transparent zu sein. Zudem lassen sich auf diese Weise sogenannte falsche Behauptungen oder Falschnachrichten, wie sie auch in Bezug auf demografiapolitische Aspekte – sei es im Bereich von Geburtenraten oder Wanderungsbewegungen – vorkommen, am ehesten widerlegen. Zwar hat es diese sogenannten „fake news“ schon immer gegeben und wird es immer geben. In Zeiten von Social Media, in denen sich Lügen und Falschmeldungen in Sekundenschnelle in der ganzen Welt verbreiten, gilt es jedoch, diesen mit besonderem Nachdruck vorzubeugen und entgegenzutreten, sowie wissenschaftlich fundierten Fakten eine noch größere Reichweite zu verschaffen.

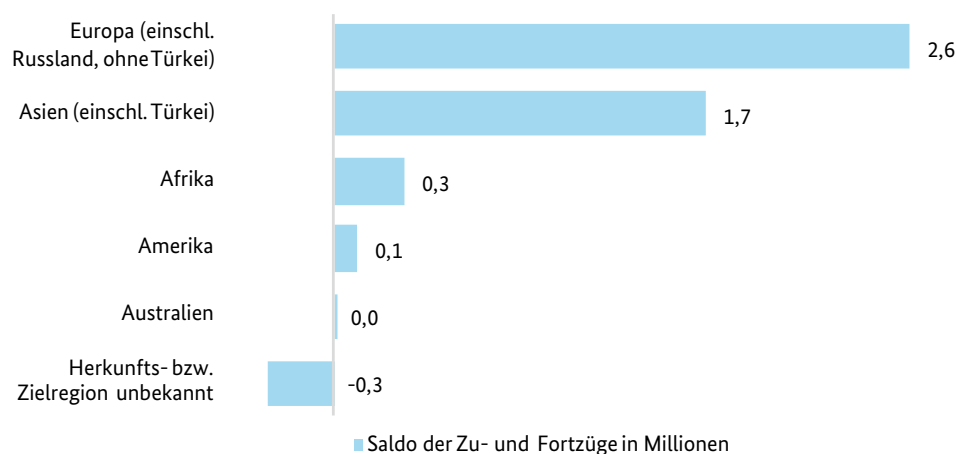
1. Demografische Entwicklung oder „Fakten contra Fake News“

**Deutschland ist seit der Wiedervereinigung gewachsen:
von 79,9 Millionen Menschen im Jahr 1990 auf heute 83,2 Millionen (Stand 2019).**

Die im Demografiebericht der Bundesregierung 2011 geäußerte Erwartung, dass sich der seit 2003 beobachtete negative Trend in der Bevölkerungsentwicklung in den kommenden Jahren weiter fortsetzen und verstärken wird, hat sich damit nicht bestätigt. Hierzu haben in erster Linie die Wanderungsbewegungen aus (ost- und süd-)europäischen Staaten seit 2011 beigetragen. Zudem wurden vor allem in den Jahren 2015 und 2016 hohe Zuwanderungszahlen von Schutzsuchenden verzeichnet. Auch wenn die außereuropäische Zuwanderung in den letzten Jahren häufig im Fokus stand, stammte – mit Ausnahme der Jahre 2015 und 2016 – die deutlich überwiegende Mehrheit der Zuwanderer nach

Deutschland aus Europa. Konkret sind zwischen 2011 und 2019 rund 13,4 Millionen Menschen nach Deutschland zu- und 9 Millionen Menschen aus Deutschland weggezogen. Rund zwei Drittel der Zugewanderten stammte dabei aus europäischen Staaten (einschließlich Russische Föderation, ohne Türkei). Das Wanderungssaldo (Zuzüge abzüglich Fortzüge, auch Nettozuwanderung genannt) betrug im genannten Zeitraum somit 4,4 Millionen Menschen. Aus europäischen Staaten zogen netto 2,6 Millionen Menschen nach Deutschland, darunter rund 2,2 Millionen Menschen aus der EU. Aus Asien sind netto knapp 1,7 Millionen Menschen und aus Afrika gut 300 Tausend Menschen zugewandert.

Abb. 1: Wanderungssaldo zwischen Deutschland und Weltregionen im Zeitraum 2011 bis 2019

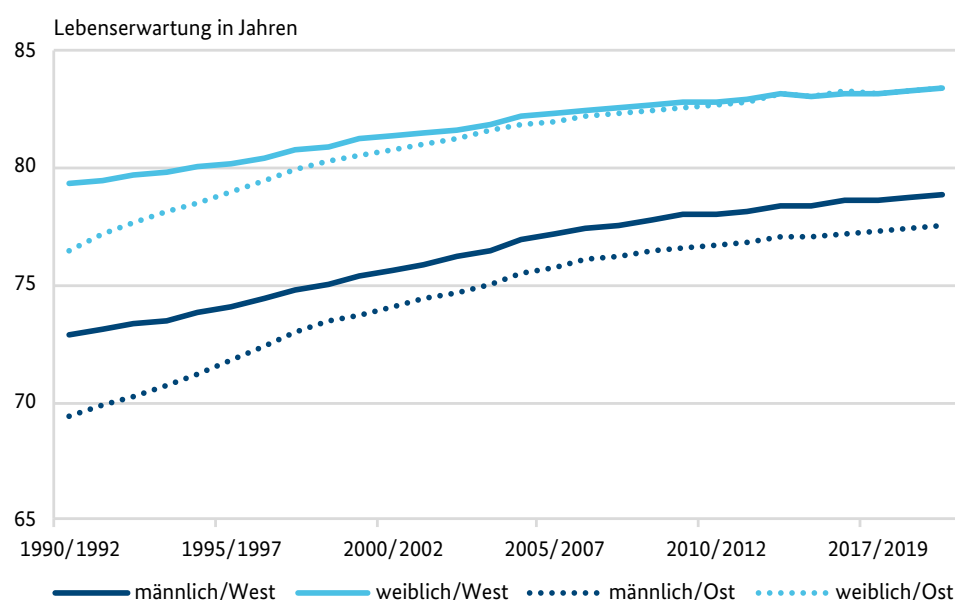


Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Darüber hinaus ist seit 2012 die Geburtenrate in Deutschland – auf niedrigem Niveau – merklich angestiegen und erreichte im Jahr 2016 mit 1,59 Kindern pro Frau den höchsten Wert seit 1972. Im Jahr 2019 war die Geburtenrate mit 1,54 Kindern pro Frau etwas niedriger, aber weiterhin über dem langjährigen Mittel. Die Zunahme der Geburtenrate zeigte sich sowohl bei Frauen ausländischer als auch deutscher Staatsangehörigkeit.

Zugleich erreichen immer mehr Menschen ein höheres Lebensalter bei besserer körperlicher und geistiger Gesundheit. Aktuell (Sterbetafel 2017 / 2019) beträgt die Lebenserwartung für neugeborene Mädchen 83,4 Jahre, für neugeborene Jungen 78,6 Jahre und liegt somit für Mädchen rund 5 und für Jungen rund 7 Jahre höher als noch im Jahr 1990.

Abb. 2: Lebenserwartung bei Geburt in West- und Ostdeutschland* (1990/1992 bis 2017/2019)



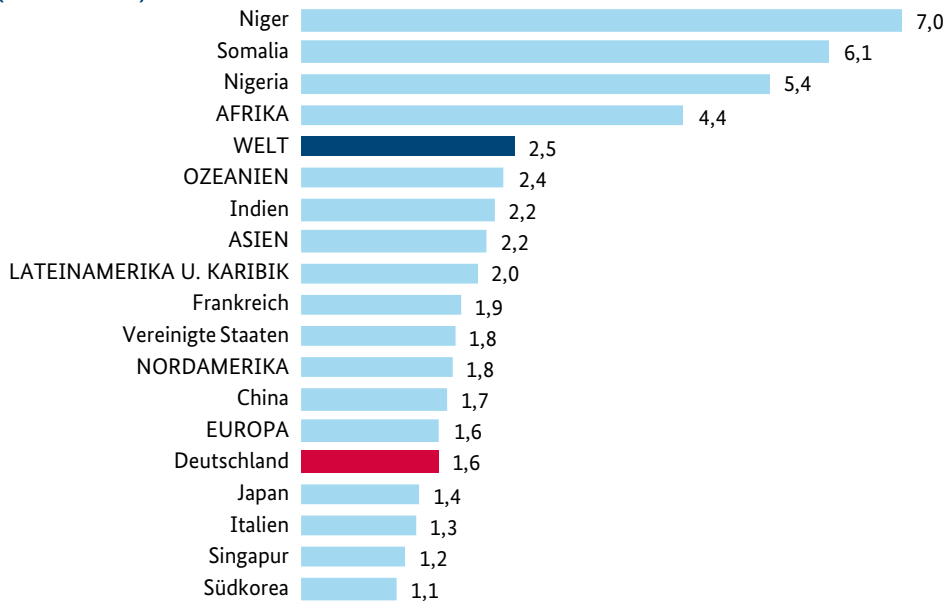
*ab 1999/2001 jeweils ohne Berlin

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Die hohe Lebenserwartung, gepaart mit einer – trotz Zunahme in den letzten Jahren – anhaltend niedrigen Geburtenrate prägt den Prozess der demografischen Alterung, den Deutschland mit der überwiegenden Zahl der westlichen Industrienationen teilt. So liegt die Geburtenrate aktuell in allen Staaten Europas sowie Nordamerikas – in der Mehrheit dieser Staaten sogar deutlich – unter 2,1 Kin-

dern pro Frau. Diese Geburtenrate wäre für den Erhalt der Elterngeneration durch die Kindergeneration erforderlich. Folglich würde eine dauerhaft unter diesem Wert liegende Geburtenrate ohne Zuwanderung dazu führen, dass die jeweils nachfolgende Generation kleiner wird als die vorhergehende Generation.

Abb. 3: Geburtenrate (Kinder je Frau) in Weltregionen und ausgewählten Staaten (2015 bis 2020)



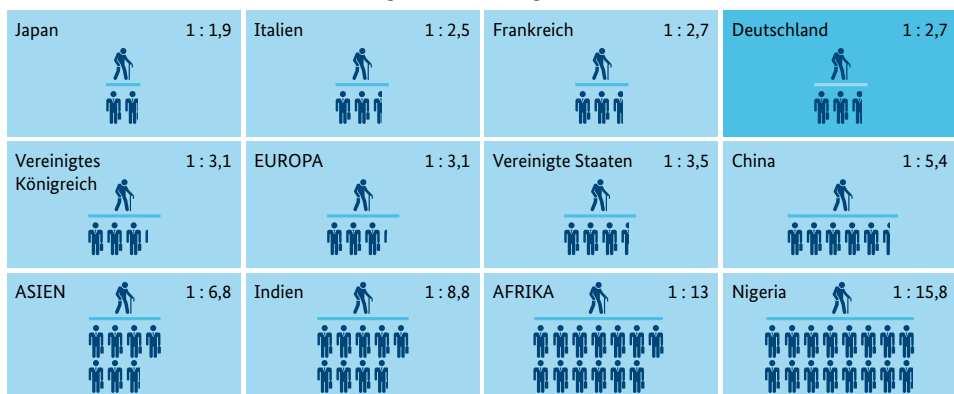
Datenquelle: UN, Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Dieser Prozess bringt Herausforderungen mit sich, die sich vor allem aus einem veränderten Verhältnis zwischen jüngerer und älterer Bevölkerung ergeben, so zum Beispiel im Bereich des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme. Und er macht sich vor allem dort bemerkbar, wo insbesondere jüngere Menschen ihre Heimat verlassen, um

sich in einem anderen Teil Deutschlands niederzulassen – sei es, weil sie woanders bessere Erwerbschancen sehen oder weil sie für sich selbst und ihre Kinder mehr Zugang zu Bildung und Infrastruktureinrichtungen aller Art wünschen.

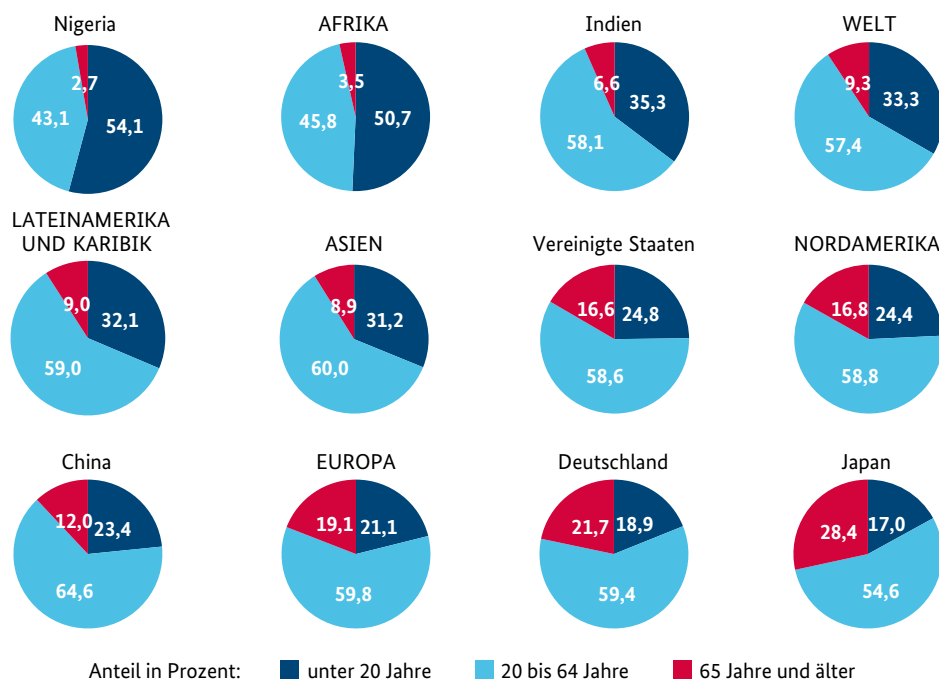
Abb. 4: Altenquotient in ausgewählten Staaten und Weltregionen (2020)

Verhältnis von Älteren (65+) zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 65 Jahre)



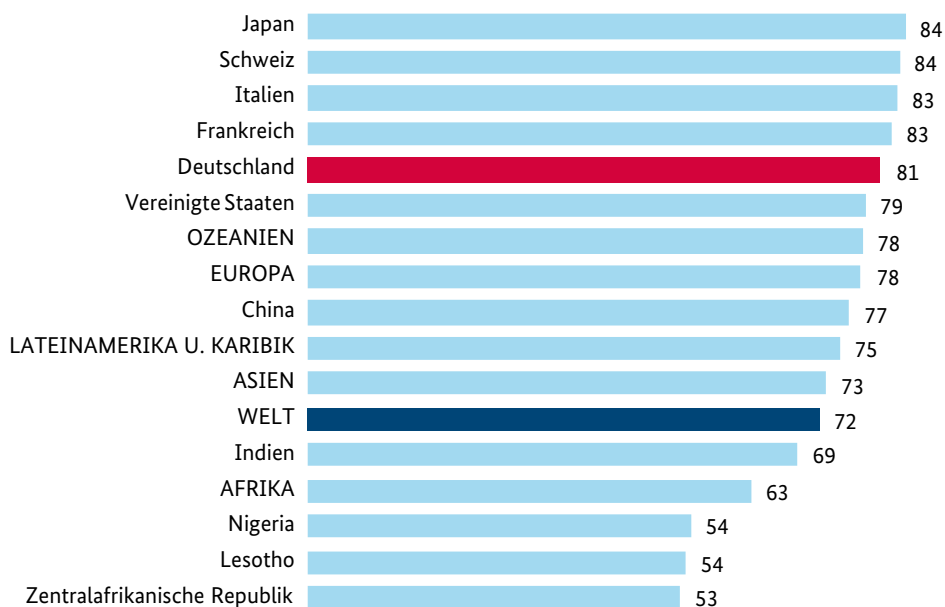
Datenquelle: UN, Berechnungen und Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Abb. 5: Bevölkerung nach Altersgruppen in Weltregionen und ausgewählten Staaten (2020)



Datenquelle: UN, Berechnungen und Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Abb. 6: Lebenserwartung bei Geburt in Weltregionen und ausgewählten Staaten (2015 bis 2020)

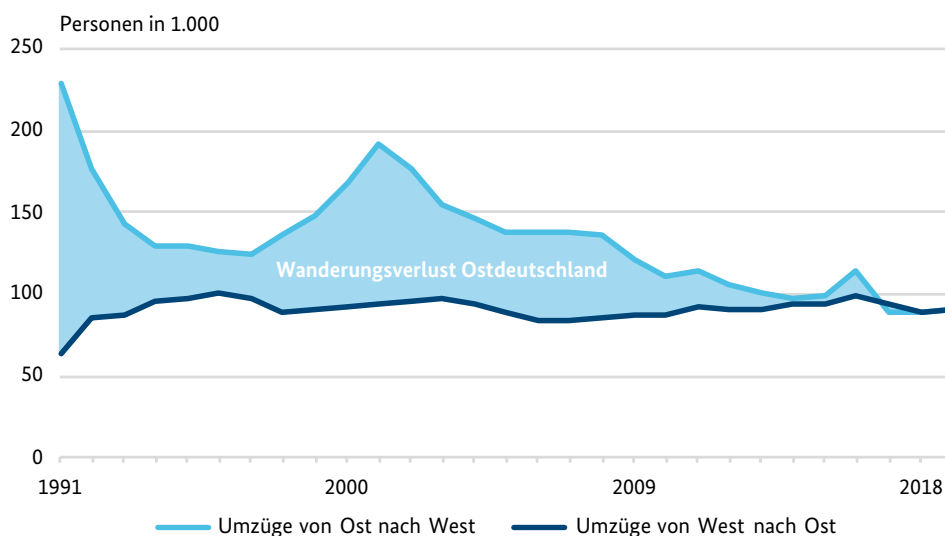


Datenquelle: UN, Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Wanderungsbewegungen in Form von Zuwanderung, aber vor allem solche innerhalb Deutschlands, die sogenannte Binnenwanderung, prägen die zahlen- und altersmäßige Verteilung der Menschen im Land. Neben ländlich geprägten Regionen waren in der Vergangenheit vor allem ostdeutsche Landesteile von Abwanderung betroffen. So sind zwischen 1991 und 2019 insgesamt 3,9 Millionen Menschen von Ost nach West umgezogen. Im Saldo haben die ostdeutschen Länder (ohne Berlin) insgesamt 1,2 Millionen Menschen durch Abwanderung an den Westen verloren. Dabei ist hervorzuheben, dass bereits seit 2011 auch im

Bereich der Binnenwanderung eine Trendwende zu verzeichnen ist: Dies betrifft zum einen eine Zunahme der Wanderungen in mehr ländliche Kreise. Zudem fallen die weiter positiven Wanderungsraten der Städte für die 18- bis 29-Jährigen, die sogenannten Ausbildungs- und Arbeitsplatzwanderer, nicht mehr so stark aus wie zuvor, während es eine tendenziell steigende Abwanderung aus den Städten für die 30- bis 49-Jährigen, auch Familienwanderer genannt, gibt. Und schließlich: Seit 2017 ziehen wieder mehr Menschen vom Westen in den Osten als umgekehrt. Ein Teil davon kehrt zurück in die Heimatregion.

Abb. 7: Wanderungen zwischen West- und Ostdeutschland* (1991 bis 2019)



*jeweils ohne Berlin

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Gleichwohl sind Verteilung und altersmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung in den Regionen Deutschlands nach wie vor sehr unterschiedlich. Sie verstärken die ohnehin innerhalb Deutschlands bestehenden erheblichen Disparitäten sowohl in den regionalen Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten als auch bei der Sicherung der Mobilität und beim Zugang zu Angeboten der Daseinsvorsorge. Strukturstärkere Regionen profitieren auch vom Zuzug qualifizierter Menschen aus dem In- und Ausland. Strukturschwächere Regionen gewinnen diese meist nicht und verlieren zugleich jüngere, oft gut gebildete Menschen.

Die Folgen dieser Entwicklungen für die altersmäßige Zusammensetzung sind bereits heute spürbar: Während der Altersdurchschnitt in Deutschland 2019 bei 44,5 Jahren lag, verzeichneten fünf Kreise bzw. kreisfreie Städte ein Durchschnittsalter von über 50 Jahren, darunter die kreisfreie Stadt Suhl mit dem deutschlandweit höchsten Durchschnittsalter aller Kreise und kreisfreien Städte (50,8 Jahre). Auf der anderen Seite betrug das Durchschnittsalter in 6 Kreisen bzw. kreisfreien Städten weniger als 41 Jahre, darunter die kreisfreie Stadt Heidelberg mit dem niedrigsten Durchschnittsalter (40,4 Jahre). Auf 100 Personen im Alter

von 20 bis 64 Jahren kamen 2019 in Deutschland 36 Personen über 65. Im Osten ist der entsprechende Wert mit 46 deutlich höher als im Westen, wo dieser bei 35 liegt (jeweils ohne Berlin). Das wirkt sich auf die Daseinsvorsorge entsprechend aus. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat mit seiner Heimatabteilung und als Koordinator der Demografiepolitik geht das Thema Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gleich von mehreren Seiten an, siehe hierzu insbesondere Kapitel I.2.

Abb. 8: Durchschnittsalter in Landkreisen und kreisfreien Städten (2019)

Rang	kreisfreie Stadt bzw. Landkreis	Durchschnittsalter
1	Heidelberg, kreisfreie Stadt	40,4
2	Freiburg im Breisgau, kreisfreie Stadt	40,6
3	Offenbach am Main, kreisfreie Stadt	40,7
4	Frankfurt am Main, kreisfreie Stadt	40,8
5	Darmstadt, kreisfreie Stadt	40,8
14	München, kreisfreie Stadt	41,6
18	Köln, kreisfreie Stadt	41,8
21	Hamburg, kreisfreie Stadt	42,1
34	Berlin, kreisfreie Stadt	42,6
397	Greiz, Landkreis	50,2
398	Mansfeld-Südharz, Landkreis	50,2
399	Altenburger Land, Landkreis	50,3
400	Dessau-Roßlau, kreisfreie Stadt	50,4
401	Suhl, kreisfreie Stadt	50,8

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Zur demografischen Entwicklung im Einzelnen wird auf die detaillierten Ausführungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung Bezug genommen, aus dem sich wertvolle, aus den Befunden wissenschaftlicher Forschung abgeleitete, Impulse für die künftige Politikgestaltung ergeben.



Bundesinstitut
für Bevölkerungsforschung

Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung ist eine Ressortforschungseinrichtung im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat. Es betreibt Grundlagenforschung zu Ursachen und Folgen des demografischen Wandels und ist darüber hinaus im Bereich der Politikberatung tätig. Mehr zum Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung findet sich im Kapitel I.4.

Der Bericht des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung ist Teil eines dreiteiligen Résumés der Demografiepolitik des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat zum Ende der 19. Legislaturperiode: Der erste Teil besteht aus dem vorliegenden Bericht, der insbesondere diejenigen Formate und Aktivitäten darstellt, die vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat in Umsetzung der Demografiestrategie der Bundesregierung durchgeführt wurden. Darüber hinaus werden die Schnittstellen zu zahlreichen Fachthemen, insbesondere die Bedeutung des demografischen Wandels für den öffentlichen Dienst angesprochen. In einem zweiten, forschungsbasierten Teil, dem Bericht des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, liegt der Fokus auf einer intensiven Aufbereitung der Daten und Fakten zur demografischen Entwicklung. Dabei adressiert das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung die Entwicklung nicht nur in Deutschland, sondern auch im europäischen Vergleich sowie im internationalen Kontext. Es widmet sich einzelnen Aspekten verstärkt (zum Beispiel der Stadt-Land-Wanderung) und nimmt dabei einen Zeithorizont bis 2040 in den Blick. Schließlich werden in einem dritten Teil des Résumés die Kernelemente der Demografiepolitik des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat erstmals auch in digitaler Form angeboten; mehr hierzu im Kapitel VI und unter www.demografiepolitik.de/4you/de

2. Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse – Auftrag der Kommission und Säule der Demografiestrategie

Wo fühle ich mich wohl? Wie sieht es mit der Versorgung von Gütern und Dienstleistungen aus? Wie kann ich Lebensqualität in meiner Kommune mitgestalten? Kann ich im Alter in meinem gewohnten Umfeld leben?

Mit diesen Fragen hat sich zuletzt vor allem die vom Bundeskabinett am 18. Juli 2018 eingesetzte Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ befasst. Als Herzstück der Heimatpolitik der Bundesregierung sollte sie vor dem Hintergrund des demografischen Wandels Empfehlungen erarbeiten, wie wir die Lebensbedingungen vor Ort verbessern können. Richtschnur war dabei, echte Chancen zu eröffnen für jeden einzelnen auf Zugang zu Bildung, Arbeit, Wohnen, Wohlstand, Sport und Infrastruktur – ob in Gelsenkirchen, in der Lausitz oder in Hamburg.



Aus dem Kabinettsbeschluss zur Einsetzung der Kommission vom 18. Juli 2018:

„Auf der Basis eines gemeinsamen Verständnisses gleichwertiger Lebensverhältnisse ist Ziel der Kommissionsarbeit die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen mit Blick auf unterschiedliche regionale Entwicklungen und den demografischen Wandel in Deutschland.“

Auf der Grundlage der Abschlussberichte der sechs Facharbeitsgruppen der Kommission hat der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat zusammen mit seinen Co-Vorsitzenden, der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft und der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Vorschläge für die Weiterentwicklung der aktiven Struktur- und vor allem Regionalpolitik erarbeitet. „Unser Plan für Deutschland - Gleichwertige Lebensverhältnisse überall“ www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/schlussfolgerungen-kom-gl.html wurde am 10. Juli 2019 dem Bundeskabinett vorgestellt. Als eine von vier Säulen der Demografiestrategie ist die Förderung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse schon seit langem im Blick der Bundesregierung und damit des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat.

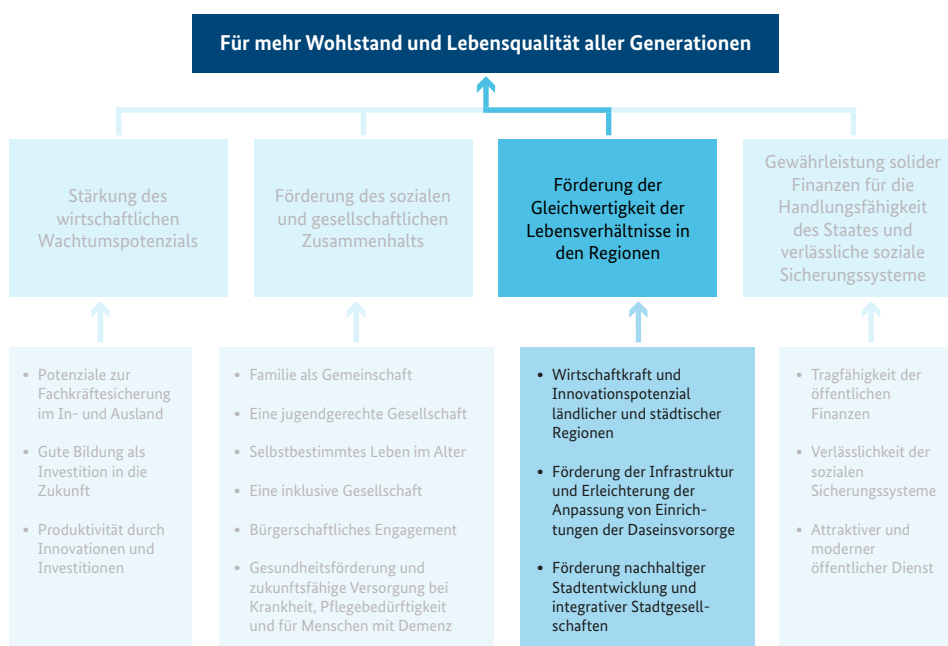
„Wenn Unterschiede in den Lebensverhältnissen zu einem Nachteil werden, muss sich die Politik kümmern.“

Bundesinnenminister
Horst Seehofer

Quelle: www.bmi.bund.de



Abb. 9: Demografiestrategie der Bundesregierung (Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse)



Quelle und Darstellung: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Eine der Empfehlungen der Kommission in ihren Schlussfolgerungen ist die Unterstützung aller strukturschwachen Regionen – ländlicher wie städtischer – im gesamten Bundesgebiet. Hier kommt der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) aufgrund des hohen Fördervolumens in Höhe von jährlich 1,2 Milliarden Euro besondere Bedeutung zu. Um im Rahmen dieser Förderung dem demografischen Wandel Rechnung zu tragen, soll künftig eine demografische Komponente Eingang in das zu Grunde liegende Indikatorensystem finden. So können die zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklungs- und Erwerbspotenziale in der Region und die Bedeutung des demografischen Wandels einschließlich der Wanderungsbewegungen für die Strukturpolitik angemessen berücksichtigt werden. Das Bundeskabinett hat am 28. Oktober 2020 den Gesetzentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur Änderung des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ beschlossen.



Hintergrund der Kommissionsempfehlung:

Nach der deutschen Einheit war die regionale Strukturpolitik insbesondere auf das Zusammenwachsen von Ost und West ausgerichtet. Durch das Auslaufen des Solidarpakts II zum Ende des Jahres 2019, der den Großteil der investiven Maßnahmen des Bundes in den ostdeutschen Ländern zusammenfasste, bestand Handlungsbedarf. Gleichzeitig stehen auch strukturschwache Regionen in Westdeutschland vor wirtschaftlichen Herausforderungen. Diesen beiden Entwicklungen folgend haben sich die Koalitionspartner im Koalitionsvertrag für die 19. Legislaturperiode auf die Schaffung eines neuen gesamtdeutschen Fördersystems für strukturschwache Regionen verständigt.

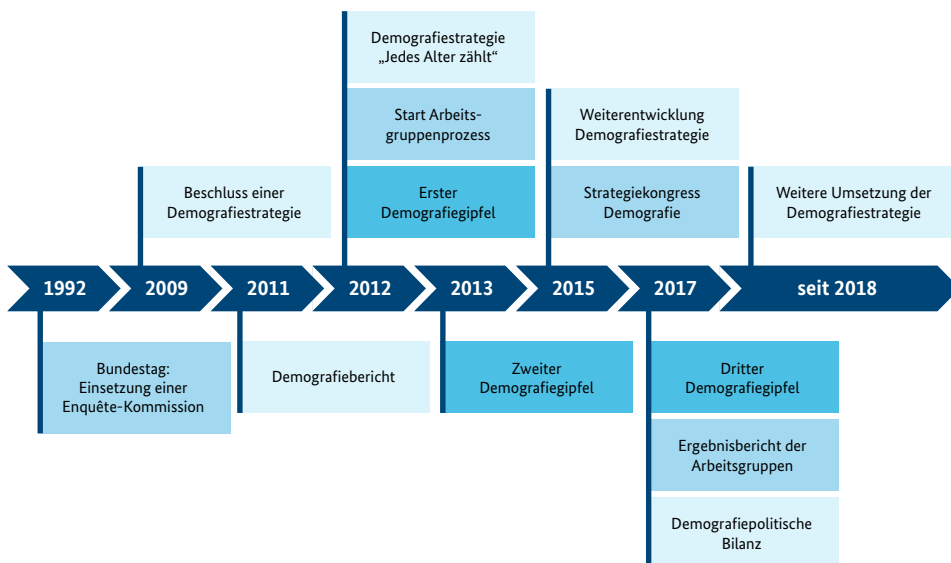
3. ...und darüber hinaus: Herausforderungen und Chancen in nahezu allen Lebensbereichen oder „Die Demografiestrategie der Bundesregierung“

Die Förderung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den Regionen mit den dazugehörigen Handlungsfeldern nimmt in der Demografiestrategie der Bundesregierung einen breiten Raum ein.

Die im Jahr 2012 vorgelegte und 2015 weiterentwickelte Demografiestrategie mit dem Titel „Jedes Alter zählt“ ist jedoch umfassend und aktiv auf die Nutzung der Chancen

der Bevölkerungsentwicklung ausgerichtet. Sie zeigt daher alle Handlungsfelder auf, die für die politische Gestaltung des demografischen Wandels relevant sind.

Abb. 10: Demografiepolitik der Bundesregierung



Quelle und Darstellung: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

In Kenntnis der demografischen Herausforderungen hatte die Bundesregierung im Koalitionsvertrag von 2009 beschlossen, bis zum Jahr 2012 eine ressortübergreifende Demografiestrategie zu erarbeiten. Grundlage für die politischen Entscheidungsträger bildete der im Herbst 2011 vorgelegte Demografiebericht. Der Bericht stellte erstmals umfassend die bereits eingetretene und die zukünftig absehbare demografische Entwicklung in Deutschland dar. Er zeigte, dass bereits in allen wichtigen Politikfeldern Maßnahmen mit Blick auf den demografischen Wandel ergriffen wurden. Der Bericht betonte zugleich die Notwendigkeit für eine übergeordnete, an strategischen Zielen ausgerichtete Politik. Auf dieser Grundlage hat die Bundesregierung im Frühjahr 2012 ihre Demografiestrategie „Jedes Alter zählt“ vorgelegt, www.demografie-portal.de/DE/Service/Publikationen/2012/demografiestrategie-der-bundesregierung.pdf.

Kernelement der Strategie ist der umfassende und andauernde Dialogprozess mit Gestaltungspartnern aus den Ländern und Kommunen, den Sozialpartnern, Verbänden, der Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, www.demografie-portal.de/DE/Politik/Bund/Dialogprozess/Dialogprozess.html. Daher wurde auf Grundlage der Strategie ein Arbeitsgruppenprozess mit zahlreichen Gestaltungspartnern angestoßen. Zuletzt, bis Ende 18. Legislaturperiode im Jahr 2017, hatten sich zehn Arbeitsgruppen mit allen Lebens- und Politikbereichen, die vom demografischen Wandel berührt werden, befasst, www.demografie-portal.de/DE/Politik/Bund/Dialogprozess/Arbeitsgruppen/arbeitsgruppen.html.

Demografiegipfel der Bundesregierung

Berlin, 16. März 2017



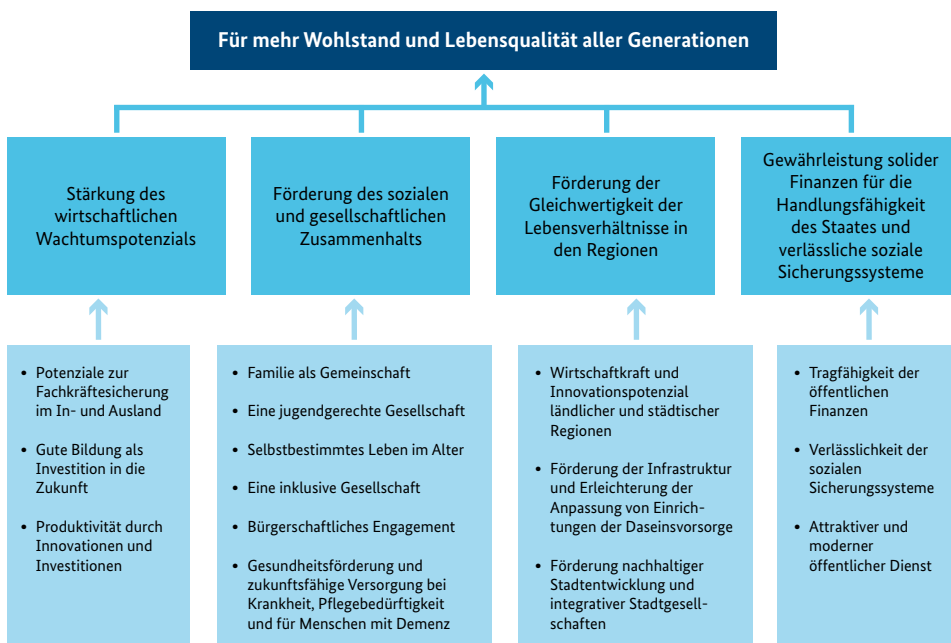
Mit Kabinettsbeschluss vom 14. Januar 2015 wurde das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat beauftragt, die Demografiestrategie der Bundesregierung aus der vorangegangenen Legislaturperiode unter der Überschrift „Für mehr Wohlstand und Lebensqualität aller Generationen“ unter Beteiligung der Ressorts weiterzuentwickeln. Dabei wurden insbesondere die Zielsetzungen und ihr Zusammenhang mit den Handlungsfeldern der Strategie auch unter Einbeziehung der Ergebnisse der Arbeitsgruppen weiter konkretisiert, die bislang erreichten Fortschritte bei der Gestaltung des demografischen Wandels aufgezeigt und die Schwerpunktmaßnahmen der Bundesregierung in der 18. Legislaturperiode dargestellt.

Zentrales Element dieser weiterentwickelten Demografiestrategie sind die dort definierten vier Oberziele:

- Stärkung des wirtschaftlichen Wachstumspotenzials,
- Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts,
- Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse sowie
- Gewährleistung solider Finanzen für die Handlungsfähigkeit des Staates und verlässlicher sozialer Sicherungssysteme.

Diesen Zielen wurden jeweils Unterziele und Handlungsfelder zugeordnet, die es zum Zwecke der Zielerreichung politisch zu gestalten gilt. Veranschaulicht wird dies im folgenden Vier-Säulen-Diagramm:

Abb. 11: Demografiestrategie der Bundesregierung



Quelle und Darstellung: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Dabei stehen die Handlungsfelder und Ziele nicht statisch nebeneinander, sondern befinden sich in einem Abhängigkeitsverhältnis mit Wechselwirkungen. Dies bedeutet, dass Veränderungen in einem oder mehreren Handlungsfeldern einer Säule unmittelbare oder mittelbare Auswirkungen auf die Themen einer anderen Säule haben können. So liegt es beispielsweise auf der Hand, dass ein flächendeckender Zugang zu Bildungseinrichtungen und gut ausgebildete Fachkräfte (Säule 1) über gute Chancen am Arbeitsmarkt zur Stabilität unseres Sozialversicherungssystems (Säule 4) beitragen. Umgekehrt kann ein Rückgang der Anzahl von Menschen, die ein Ehrenamt ausüben (Säule 2) durchaus dort problematisch werden, wo Mobilitätsangebote in manchen Regionen Deutschlands nur noch eingeschränkt zur Verfügung stehen und durch private Fahrer, etwa durch eine Rentnerin, die sich im Bereich der Jugendsozialarbeit engagiert, ersetzt werden.

Dem Bundeskabinett wurde die weiterentwickelte Demografiestrategie am 2. September 2015 vorgelegt.

www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/demografie/demografiestrategie-weiterentwicklung.html

Mit der demografiepolitischen Bilanz zum Ende der 18. Legislaturperiode hat die Bundesregierung im Jahr 2017 schließlich in dreizehn Politikfeldern die für die Gestaltung des demografischen Wandels wesentlichen Trends sowie wichtige von der Bundesregierung in der Legislaturperiode ergriffene Maßnahmen dargestellt.

An die 2015 weiterentwickelte Demografiestrategie und die dort definierten Ziele knüpfte sie dabei an. Die Bilanz resümiert, dass die Herausforderungen durch den demografischen Wandel mit dem ab Mitte der 2020er Jahre zu erwartenden Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge aus dem Erwerbsleben weiter zunehmen und die Bundesregierung die Verzahnung der Ressortaktivitäten und ihre Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren daher fortsetzen und verstärken wird. Zudem wurden die Ergebnisse der Arbeitsgruppen veröffentlicht.

www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/demografie/demografiebilanz.html

www.demografie-portal.de/DE/Politik/Bund/Dialogprozess/Arbeitsgruppen/ergebnisbericht-arbeitsgruppen-2017.pdf



Quelle: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Die Umsetzung der Demografiestrategie – gemeinsam mit den Partnern aus den Ländern, den Kommunen, der Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft – dauert bis heute an. Orientierung ist hierfür vor allem eine der jeweiligen Lebenssituation angepasste, generationenübergreifende Politik, die Entwicklungschancen für Menschen jeden Alters frühzeitig erkennt und fördert. Dabei erfolgt die Umsetzung der Strategie zu einem großen Teil in den jeweiligen Fachressorts. So werden zum Beispiel Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder seniorenpolitische Maßnahmen durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf den Weg gebracht und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, die auch für die jeweilige Gesetzgebung zuständig sind. Im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat besteht eine besondere Zuständigkeit für das Recht des öffentlichen Dienstes sowie für die Heimatpolitik, die Themen Stadtentwicklung, Wohnen, und Bauen sowie für die Digitalisierung der Bundesverwaltung. Vor allem aber ist das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat als Koordinator und Impulsgeber an der Schnittstelle der von der Strategie umfassten Handlungsfelder zuständig. Es hat somit im Querschnitt der Lebensbereiche einen weiten Gestaltungsspielraum, den es in unterschiedlicher Weise ausfüllt.

4. „Jedes Alter zählt“ als politischer Auftrag: Der Gestaltungsanspruch des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

Viele dieser Lebensbereiche sind – wie oben schon ausgeführt – eng miteinander verknüpft. Das heißt Änderungen in einem Bereich tangieren – mal mehr, mal weniger – auch andere Bereiche.

So wird der aktuelle Anstieg der Geburtenrate nicht nur als Folge der Zuwanderung, sondern als unmittelbare Folge familienpolitischer Maßnahmen wie des Elterngeldes und weiterer Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf gesehen, www.bib.bund.de/Publikation/2013/Wirkungen-des-Elterngelds-auf-Einkommen-und-Fertilitaet.html. Und wo mehr Angebote zur Gesundheitsprävention und ein arbeitnehmerfreundliches Arbeitsumfeld bestehen, werden vermutlich auch mehr Fachkräfte zu finden sein. Zuletzt und aktuell hat uns das Geschehen um die Covid-19-Pandemie deutlich vor Augen geführt, wie groß die Abhängigkeiten sind. Nur ein vernetztes und alle Lebensbereiche mitdenkendes politisches Vorgehen ist in der Lage, diese Krise sowie künftige Krisen zu bewältigen. Weitere Ausführungen hierzu finden sich in Kapitel V.

Alles in allem sind die in Kapitel I geschilderten Entwicklungen – ganz gleich, ob diese deutlich ausfallen oder sich erst in Anfängen abzeichnen – in demografischer Hinsicht positiv zu bewerten. Eine zunehmend hohe Lebenserwartung stellt enormes Potenzial dar: für jede und jeden Einzelnen, aber auch für die Wirtschaft und die Gesellschaft eines Landes und damit für dessen Wohlstand. Daneben ist aber auch zu berücksichtigen: Allein das Vorhandensein und die Verfügbarkeit von Infrastrukturen reichen nicht, um einerseits die Wirtschaftskraft und unseren Wohlstand und andererseits den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erhalten und zu stärken. Vielmehr ist eine umfassendere Sichtweise erforderlich. Nur wenn jede und jeder Einzelne Zugang zu technischen und sozialen Infrastrukturen – insbesondere zur Bildungsinfrastruktur – erhält und fähig ist,

diese zu nutzen, werden reelle Chancen und die Voraussetzungen für die Teilhabe am Leben in unserer Gesellschaft geschaffen.

Die Möglichkeiten und Errungenschaften der Digitalisierung können in diesem Zusammenhang Türen öffnen – weil zum Beispiel Bildungsangebote auch in abseits gelegenen Regionen in virtueller Form genutzt werden können oder die Telemedizin hochbetagten Bürgerinnen und Bürgern eine Fahrt in die Praxis der weit entfernten Stadt erspart. All dies gilt es, im Sinne einer proaktiven Demografiepolitik zu berücksichtigen.

Zu diesem Zweck hat das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat an der Schnittstelle der Fachpolitiken in der 19. Legislaturperiode bewährte Formen der Zusammenarbeit fortgesetzt und intensiviert und zugleich neue Formate entwickelt und umgesetzt. Allen Formaten gemein ist, dass sie in hohem Maße Kommunikation und/oder Vernetzung mit und zwischen einer Vielzahl betroffener Akteurinnen und Akteure ermöglichen und fördern. Zudem eröffneten die im Zuge der Zuständigkeitserweiterung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat für die Themen Heimat, Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, Stadtentwicklung sowie Bauen und Wohnen – jenseits der bisherigen Fachzuständigkeit für das Dienstrecht – weitere fachbezogene Gestaltungsmöglichkeiten zur Umsetzung der Demografiestrategie. Wo immer dies möglich ist, sollten diese im Zusammenwirken mit den in der Strategie genannten Akteurinnen und Akteuren auch künftig ausgeschöpft werden: Auf der Ebene der Bundesregierung mit

dem Bundeskanzleramt und den Ressorts, darüber hinaus mit den Ländern und ihren Demografiebeauftragten, modellhaft mit Landkreisen und Kommunen direkt vor Ort, mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft und Forschung und solchen der Zivilgesellschaft.

Dabei dienen die Maßnahmen zur Umsetzung vor allem folgenden vier Zielen:

- Einen breiten Wissenstransfer von der Wissenschaft in die Politik ermöglichen
- Den Erfahrungsaustausch mit den Praktikern vor Ort initiieren
- Ein europäisches Netzwerk der Demografiapolitik schaffen
- Die internationalen Kooperationsplattformen stärken

Breiter Wissenstransfer von der Wissenschaft in die Politik

Demografiapolitik sollte, wie Politik im Allgemeinen, nicht allein auf eigener Wahrnehmung, gefühlten Entwicklungen oder anekdotischen Erzählungen beruhen. Sie sollte vielmehr evidenzbasiert sein. Das heißt, alle Entscheidungen und Maßnahmen zur Gestaltung des demografischen Wandels sollten auf Zahlen und Fakten sowie den Ergebnissen von Wissenschaft und Forschung beruhen. Instrumente hierzu sind beispielsweise die Durchführung von Bevölkerungsstudien, die Auswertung von Bevölkerungsstrukturdaten, der Austausch zu Szenarien, das Lernen von Vergleichen, das Verdeutlichen grundlegender Mechanismen der Wechselwirkung von Bevölkerung und sozialen Prozessen sowie die Evaluation der Wirkung von politischen Maßnahmen und Programmen. Nur so können sie einer breiten Bevölkerung vermittelt und von dieser akzeptiert und mitgetragen werden.

Die Bundesregierung investiert seit Jahrzehnten in die Grundlagenforschung der Bevölkerungswissenschaft. Am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden arbeiten derzeit über 60 Mitarbeitende zu verschiedenen Forschungsthemen auf den Gebieten Fertilität, Mortalität

und Migration, um für die Öffentlichkeit aktuelle Fakten und Trends der demografischen Entwicklung bereit zu stellen. Dabei erhebt das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung auch eigene Daten und steht national und international im Austausch mit wissenschaftlichen Partnern. Zugleich berät das Institut Bund und Länder umfassend zu den Forschungsthemen. Dabei investiert die Bundesregierung nicht nur in Grundlagenforschung, sondern auch in Politikberatung. Die Eröffnung des Berliner Büros des Instituts im Jahr 2018 war insoweit ein wichtiger Schritt. Hierdurch wird die Kommunikation des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung sowohl mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat als auch mit weiteren Bundesressorts und sonstigen politischen Akteurinnen und Akteuren in Berlin erleichtert und verstärkt.

i

Weitere Einzelheiten zum Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, insbesondere zu den einzelnen Forschungsbereichen, finden sich hier: www.bib.bund.de



Quelle: Isabel Pavia/Moment/Getty Images



FReDA – Das Leuchtturmprojekt

Der wichtigste Schritt zur Sicherung der demografischen Forschung – sowohl durch das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung als auch durch die akademische Forschung in Deutschland insgesamt – ist die Förderung der Dateninfrastruktur FReDA – das familiendemografische Panel. Dabei steht FReDA für „Family Research and Demographic Analysis“. FReDA wird unter Federführung des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung ab 2021 ein Befragungsprogramm durchführen, bei dem eine große repräsentative Stichprobe der 18- bis 49-jährigen Wohnbevölkerung Deutschlands halbjährlich zu verschiedensten familiendemografischen Themen befragt wird, etwa zu Kinderwünschen, Vereinbarkeitsproblemen, zur Beziehung zu den eigenen Eltern oder zur Nutzung von Reproduktionsmedizin. Die Fragebögen enthalten „offene Module“, die es allen Forscherinnen und Forschern in Deutschland ermöglichen werden, eigene Fragen einzubringen, um so die eigenen Forschungsinteressen zu bearbeiten. Die erhobenen Daten werden der Wissenschaft zeitnah zur Verfügung gestellt. Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung wird außerdem die Politik regelmäßig und zeitnah über die wichtigsten Erkenntnisse aus FReDA direkt informieren. FReDA füllt eine wichtige Lücke, die sich dadurch auftut, dass die Erhebungsprogramme Generations and Gender Survey (GGS) und pairfam (Beziehungs- und Familienpanel) auslaufen, und sichert so über das Jahr 2021 hinaus die Grundlagen für demografische Forschung in Deutschland.

Das insbesondere durch die Forschung und Beratung durch das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung gewonnene Wissen weiter zu vermitteln, ist eines der Anliegen des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat, das in mehreren Formaten verfolgt wird. Im Fokus steht dabei der Dialog der Praxis mit der Wissenschaft, die ihrerseits durch das Zusammentreffen mit Interessengruppen und durch Abstimmungsprozesse lernen kann, Befunde aus dem Labor in die Realität zu übersetzen.

Nur informiertes Verwaltungshandeln führt zu nachvollziehbaren und glaubwürdigen Ergebnissen. Daher sollen auch die Mitarbeitenden des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat, deren Arbeit Bezug zum Thema Demografie aufweist, durch diverse Veranstaltungen über aktuelle Forschungsthemen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung informiert werden.

Erfahrungsaustausch mit den Praktikern vor Ort

Demografiepolitik sollte – jenseits der Betrachtung von Zahlen und Fakten – ein lebendiges Bild von den Lebenswelten der Menschen vor Augen haben. Dabei gilt es, die Erfahrungen der Akteurinnen und Akteure zu berücksichtigen, die einerseits tagtäglich den Herausforderungen des Wandels begegnen und andererseits politische Maßnahmen umsetzen. Der demografische Wandel findet vor Ort in den Kommunen statt. Hier sind die Auswirkungen für die Menschen unmittelbar spürbar, hier wird bereits seit einigen Jahren an neuen Konzepten und Lösungsansätzen zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge und Sicherung der Lebensqualität gearbeitet. Nicht immer gelingt es, die gewonnenen Erkenntnisse und bereits vorhandene Lösungsansätze aus einer Region Deutschlands an die Bundespolitik heranzutragen oder an eine andere Region Deutschlands weiterzugeben. Daher sieht sich das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat an der Schnittstelle aller demografischen Themen in besonderem Maße gefordert, hier als eine Art Demografielotse tätig zu werden und Menschen und Projekte miteinander zu vernetzen.

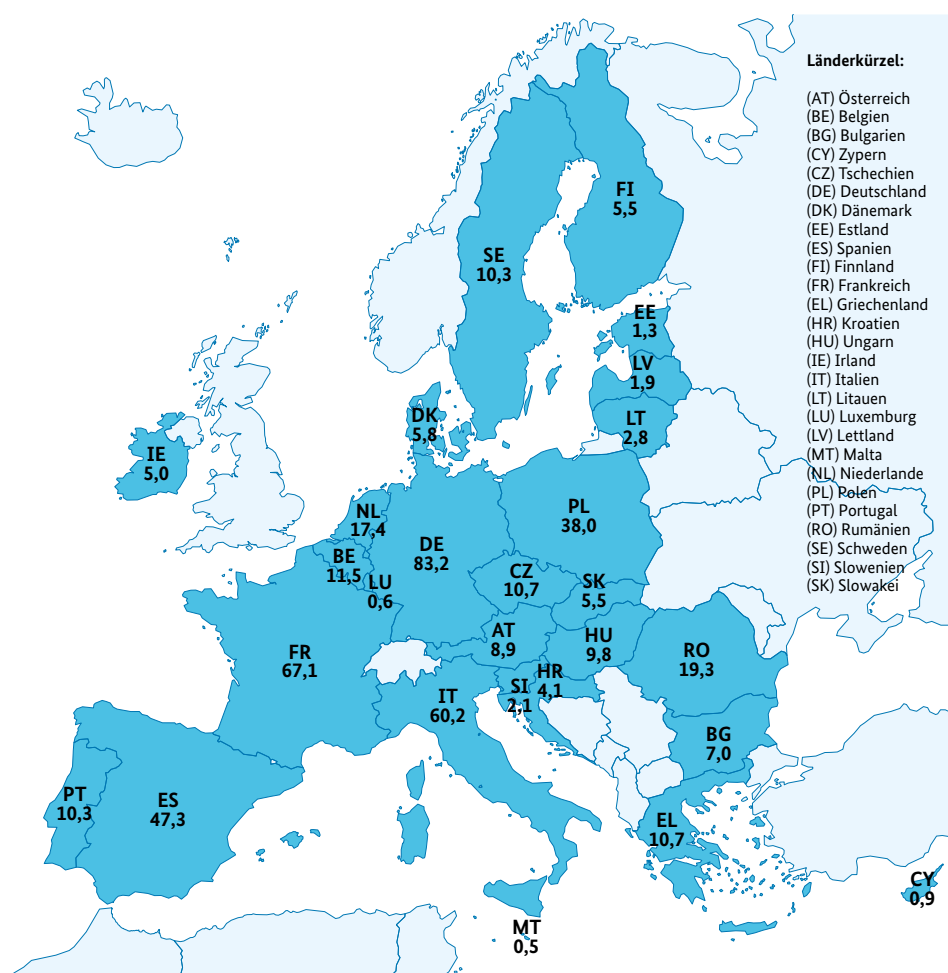
Europäisches Netzwerk der Demografiepolitik

Der demografische Wandel verändert nicht nur Deutschland, sondern alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union, wenn auch nicht immer auf dieselbe Weise oder in gleicher Geschwindigkeit. Die Bevölkerung aller Mitgliedstaaten wird in den nächsten Jahrzehnten altern; in vielen Mitgliedstaaten wird sie auch schrumpfen. Sowohl innerhalb der Europäischen Union als auch innerhalb der Mitgliedstaaten selbst bestehen bereits heute zum Teil erhebliche regionale Unterschiede in den Bereichen Bevölkerungsentwicklung, Kinder und Familie, Binnen- und Außenwanderung, Alterung und Sozialsysteme, Wirtschaft und Arbeitsmarkt sowie

Bildung. Es ist zu erwarten, dass sich diese künftig in Teilen verstärken werden. Während die Akteurinnen und Akteure in Wissenschaft und Forschung europaweit sehr gut vernetzt sind, findet ein Austausch zu Fragen des demografischen Wandels auf politischer Ebene EU-weit bislang nur zu speziellen Einzelaspekten, wie beispielsweise zu Fragen der Raumordnung, statt. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat sieht großes Potenzial darin,

den Erfahrungsaustausch über nationale Grenzen hinweg durchzuführen und gegebenenfalls Synergien zu schaffen. Wo gemeinsame Positionen gefunden werden, können diese auch gegenüber internationalen Partnern mit größerem Nachdruck geltend gemacht werden. Ziel ist daher die Schaffung eines europäischen Netzwerks der Demografiapolitik.

Abb. 12: EU-Mitgliedstaaten und ihre Bevölkerungszahl in Millionen (2020)



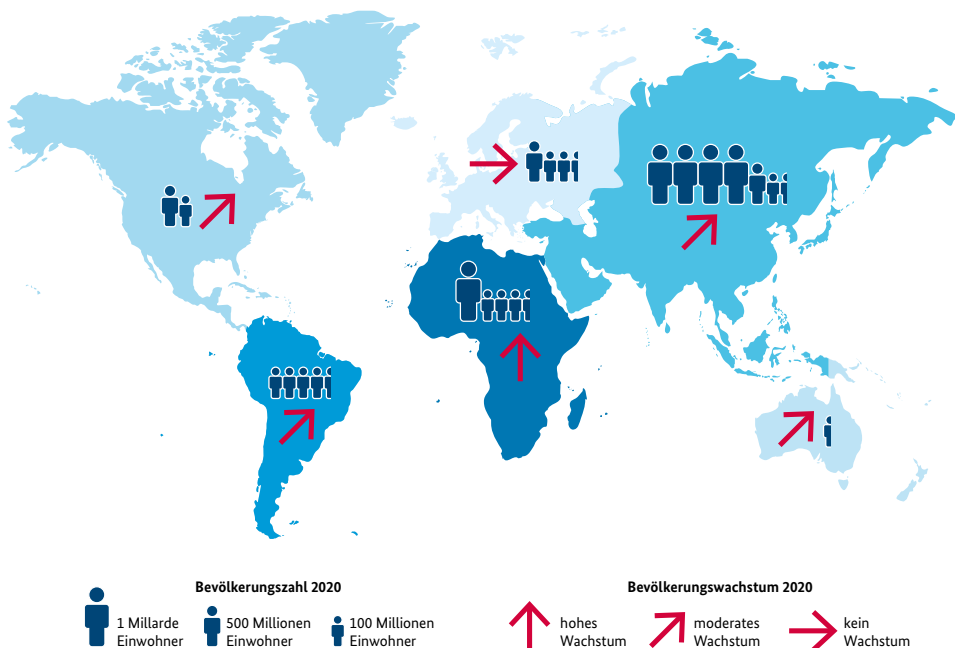
Quelle: EUROSTAT, Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Internationale Kooperationsplattformen stärken

Demografische Entwicklungen in Ländern außerhalb der EU können sich direkt und indirekt auf die Länder der EU auswirken, zum Beispiel, wenn es um Wanderungsbewegungen geht. Wie die Vergangenheit gezeigt hat, kann sich Abwanderung in außereuropäischen Ländern auf dem europäischen Kontinent als Zuwanderung bemerkbar machen, was Auswirkungen auf Bevölkerungsgröße und –zusammensetzung der betroffenen Länder hat. Die demografische Entwicklung in Ländern außerhalb Europas ist grundsätzlich vielseitig: Während in vielen Ländern Afrikas die Bevölkerungszahl weiter ansteigt, gibt es immer mehr Länder mit stagnierenden oder rückläufigen Bevölkerungszahlen. Asiatische Länder wie beispielsweise Japan, Singapur und Thailand sehen sich – ähnlich wie Deutschland – den Heraus-

forderungen einer alternden Bevölkerung gegenüber und erproben neue Wege, mit dieser Entwicklung umzugehen. Hier gilt es, Erfahrungen auszutauschen und voneinander zu lernen. In vielen Ländern Afrikas hingegen gibt es sehr viel mehr junge als alte Menschen und es werden Möglichkeiten eruiert, die sogenannte demografische Dividende für die wirtschaftliche Entwicklung zu nutzen. Deutschland kann hier seine Erfahrungen mit demografiesensiblen Politikdesign aktiv in den internationalen Dialog einbringen. Aufgrund der Wechselwirkungen zwischen demografischen Entwicklungen innerhalb und außerhalb der EU sieht sich das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat in der Verantwortung, die internationale Dimension deutscher Demografiepolitik zu stärken und Bezüge zu Deutschland klar herauszuarbeiten.

Abb. 13: Kontinente nach gegenwärtiger Bevölkerungsentwicklung



Datenquelle: UN, Berechnungen und Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Abb. 14: Wanderungen zwischen und innerhalb der Weltregionen im Zeitraum 2010 bis 2015*



* Daten liegen nur in 5-Jahresperioden vor. Für den Zeitraum 2015-2020 werden in 2021/2022 Daten verfügbar sein.
Datenquelle: Abel, Guy J. „Estimates of global bilateral migration flows by gender between 1960 and 2015.“ International Migration Review 52.3 (2018): 809-852, Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Mit Blick auf die vorstehend beschriebenen vier Ziele hat das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat jeweils passende Formate entwickelt, um die Demografiestrategie der Bundesregierung umzusetzen. Somit finden diese Formate sowohl auf nationaler (Bund, Länder und Kommunen) Ebene und im europäischen Rahmen als auch auf internationaler Ebene statt.



Dargestellt sind die Wanderungen zwischen den Weltregionen. Die Farbe zeigt die Richtung und die Breite deren Größe an. Beispiel: Im Zeitraum 2010 bis 2015 sind etwa 1,1 Millionen Menschen von Südasien nach Europa migriert, weitere 3 Millionen ins westliche Asien.



II.

Demografie im Querschnitt – Beispiele nationaler Umsetzung



Quelle: Westend61/Getty Images

1. Zusammen vor Ort im Demografiedialog: Kommune – Land – Bund

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat als Demografielotse – dieser oben bereits angesprochene Gedanke liegt dem Format der Demografiedialoge zugrunde.

Nach Beendigung des Arbeitsgruppenprozesses in der letzten Legislaturperiode galt es, die Zusammenarbeit mit den Gestaltungspartnern, das heißt den Vertreterinnen und Vertretern aller staatlichen Ebenen, der Wirtschaft, der Sozialpartner, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft wie in der Demografiepolitischen Bilanz der Bundesregierung zum Ende der 18. Legislaturperiode angekündigt, in geeigneter Form gewinnbringend fortzusetzen. Die Idee, Demografiedialoge mit dem Schwerpunkt „Regionen stärken – Disparitäten verringern“ durchzuführen, war kurz darauf geboren.

Die Umsetzung erfolgte in einem Workshop-Format, bei dem die einzelnen Veranstaltungen vor Ort in den Ländern bzw. Regionen stattfanden, mit Unterstützung durch die Länder und/oder andere Gestaltungspartner. Ziel war, die Themen insgesamt breiter aufzustellen und aktuell zu diskutieren, wobei Einzelaspekte intensiv in den jeweiligen Workshops behandelt werden konnten. Ziel war auch, in die Umsetzung der Demografiestrategie mehr Praxisbeispiele einfließen zu lassen und die Gestaltungspartner in diesem Dialogprozess mitzunehmen.

Gegenstand der Veranstaltungsreihe, die sich über verschiedene Regionen Deutschlands erstreckt, sind die Herausforderungen und Chancen der demografischen Entwicklung in unserem demografisch heterogenen Land. Teilnehmende und Adressaten der jeweils eintägigen Veranstaltung sind stets die lokalen Akteure: Vertreterinnen und Vertreter des Landkreises, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, gegebenenfalls Vertreterinnen und Vertreter des betroffenen Berufsverbandes, IHK, Seniorenvertretung und ähnliche Organisationen, die den demografischen Wandel vor Ort

gestalten. Ihnen wird mit den Dialogen ein Fachforum geboten, ihre Erfahrungen und ihr Wissen sichtbar zu machen und unmittelbar miteinander auszutauschen.

Was befördert und was blockiert die Umsetzung neuer Lösungsansätze? Wo müssen Vorschriften und Standards flexibilisiert werden? Wie lässt sich interkommunale Zusammenarbeit erfolgreich organisieren? Dieser Wissens- und Erfahrungsschatz soll gehoben und sichtbar gemacht werden. Deshalb kommen vor allem die Praktiker zu Wort – die voneinander lernen, Wissen teilen und Erfahrungen weitergeben. Gewonnen werden Erkenntnisse dazu, wie die jeweiligen Themen und Handlungsfelder angesichts der demografischen Entwicklung neu gedacht und umgesetzt werden sollten, der Rahmen für Akteurinnen und Akteure in den Kommunen im demografischen Wandel ausgestaltet sowie Standards und Normen angepasst werden müssen, um neue, alternative Lösungsansätze zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge und Sicherung der Lebensqualität zu ermöglichen. Die Ergebnisse werden für andere Länder und Kommunen nutzbar gemacht und gegebenenfalls ein Handlungsbedarf für Bund und Länder eruiert.

Als Demografielotse fallen dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat dabei besondere Aufgaben zu: Zum einen werden die vorhandenen Kenntnisse – demografische Daten und Fakten – über die spezifische Region eingebracht. Zum anderen werden themenspezifische Experten eingebunden, die ihr Wissen um Handlungsansätze sowie Informationen zu best practice und ggf. bestehenden Förderprogrammen mit den Betroffenen vor Ort teilen. Dies können – wo möglich und sinnvoll – Projektverant-

wortliche aus vergleichbar betroffenen Kommunen, aber auch Kolleginnen und Kollegen aus den für das jeweilige Thema zuständigen Bundes- und Landesressorts sein. Besonderes Kennzeichen dieses Formats ist, dass nicht nur die Region, die den Dialog ausrichtet, beleuchtet wird, sondern das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat – wo möglich und sinnvoll – Ansprechpartner, zum Beispiel Vertreterinnen und Vertreter des Landratsamts, aus vergleichbar betroffenen Kommunen „mitbringt“: ganz in

der Tradition des Twinning-Gedankens. So können Lösungsansätze im Detail umfassend diskutiert und unmittelbar auf ihre Übertragbarkeit und Praxistauglichkeit geprüft werden. Eingebunden werden auf diese Weise letztlich alle gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure, die den demografischen Wandel vor Ort aktiv gestalten, die Erfahrungswissen weitergeben und andere Akteurinnen und Akteure ermutigen können, ebenfalls neue Wege zu gehen.

Erfahrungen in Cham und Stendal

Bislang fanden bereits zwei der in dieser Legislaturperiode geplanten vier Demografiedialoge statt:

Demografiedialog Süd in Cham 2018 (Bayern)

Am 4. Dezember 2018 trafen sich im oberpfälzischen Cham Vertreterinnen und Vertreter der Region mit Akteurinnen und Akteuren des Bundes, aus Bayern sowie aus Brandenburg und Niedersachsen. Am Beispiel des Landkreises Cham diskutierten sie über die Mobilität in ländlichen Räumen und formulierten konkrete Handlungsansätze. Die Ergebnisse wurden in einer Broschüre veröffentlicht, www.demografie-portal.de/DE/Service/Publikationen/2019/erster-demografiedialog-mobilitaet-in-laendlichen-raeumen.html. Ein erster Eindruck von der Region findet sich im Auftaktfilm zur Dialogveranstaltung: <https://youtu.be/Cso9wJhzDW4>.



Quelle: Benjamin Franz

Demografiedialog Nord in Stendal 2019 (Sachsen-Anhalt)

Am 29. Oktober 2019 trafen sich in der Hansestadt Stendal Akteurinnen und Akteure des Bundes und der Länder Sachsen-Anhalt, Bayern und Nordrhein-Westfalen. Am Beispiel des Landkreises Stendal diskutierten sie über den Umgang mit Leerstand in ländlichen Räumen und die Möglichkeiten des Stadt- und Dorfumbaus. Die Dokumentation der Veranstaltung, die es ebenfalls als Broschüre gibt, sowie den Aufnahmefilm finden Sie online hier:

www.demografie-portal.de/DE/Service/Publikationen/2020/zweiter-demografiedialog-wie-wollen-wir-wohnen.html

www.youtube.com/watch?v=JmWsDzOcVbQ



Quelle: Stendal Magazin – Janowski

Weitere Demografiedialoge sind in Planung. Angedacht ist ein dritter Dialog (West) in Nordrhein-Westfalen. Der Prozess wurde jedoch durch die Covid-19-Pandemie zunächst unterbrochen und soll nach Abklingen der Pandemie fortgeführt werden.

Erste Themenideen sind:

- Lösungsansätze zur Förderung sowie Ansiedlung junger Familien und Mehrkeindfamilien
- Sicherung der medizinischen Infrastruktur im ländlichen Raum durch neue Konzepte und innovative Ansätze (zum Beispiel Telemedizin oder (inter-)kommunale Gesundheitszentren/-netzwerke)

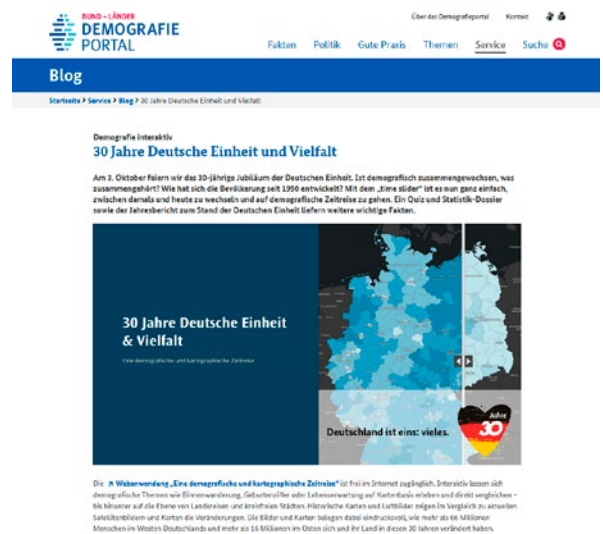
Ein vierter Demografiedialog (Mitte) könnte in Nord-Thüringen als einer vom demografischen Wandel besonders betroffenen Region stattfinden. Darüber hinaus bieten sich weitere Dialogveranstaltungen (zum Beispiel Ost und Süd-West) in Regionen mit einem ähnlichen demografischen Profil an.

Ziel dieser Dialoge ist es vor allem, alle Teilnehmenden in einen Austausch miteinander und mit den externen Expertinnen und Experten zu bringen. Höhepunkt der Veranstaltungsreihe soll daher am Ende der Dialogreihe ein Zusammentreffen aller Akteurinnen und Akteure, Moderatorinnen und Moderatoren und Teilnehmenden aus den Demografie-dialogen an einem weiteren Ort sein, zum Beispiel in Berlin. Abgesehen von der auf diese Weise seitens des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat zum Ausdruck gebrachten Wertschätzung für die jeweilige Teilnahme am Demografiedialog können dadurch nochmals themenübergreifend Kontakte geknüpft und Synergien freigesetzt werden. Angedacht ist ein Termin Anfang 2022. Der Zeitpunkt am Beginn einer neuen Legislaturperiode wäre in besonderem Maße geeignet, die Resultate, Wünsche und Empfehlungen, die sich aus den Demografiedialogen ergeben haben, zu kanalisieren und impulsgebend in die Politikgestaltung der kommenden vier Jahre einfließen zu lassen.

Das Demografieportal als Multiplikator

Das Demografieportal des Bundes und der Länder begleitet aktiv die Demografiedialoge und kündigt sie öffentlich an. Die Redaktion bereitet Fakten, Praxisbeispiele und weitere Beiträge zum jeweiligen Schwerpunktthema der Dialoge auf. Sie führt zudem Interviews mit Projektträgern, Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und anderen demografiapolitischen Akteurinnen und Akteuren und arbeitet an Statements der Hausleitung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat, der anderen Ressorts oder der Länder mit. Am Veranstaltungstag ist das Redaktionsteam des Portals vor Ort, stellt dessen Inhalte vor, tauscht sich mit den Teilnehmenden des Dialogs hierzu aus und beantwortet Fragen. Schließlich berichtet das Demografieportal im Nachgang über die Demografiedialoge und ihre Ergebnisse, www.demografie-portal.de/DE/Politik/Bund/Dialogprozess/Demografiedialoge/demografiedialoge.html. Für das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat als Federführer für die Demografiapolitik der Bundesregie-

rung ist das Demografieportal des Bundes und der Länder ein besonders wertvolles Tool, um sämtliche Aktivitäten zur Weiterentwicklung und Umsetzung der Demografiestrategie, Veranstaltungen, Interviews und vieles mehr nach außen sichtbar zu machen und begleiten zu lassen.



Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung



Das im Auftrag der Bundesregierung vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung betreute Demografieportal des Bundes und der Länder entstand als Initiative im Rahmen der Demografiestrategie. Es ging bereits mit dem ersten Demografiegipfel der Bundesregierung am 4. Oktober 2012 an den Start. Auf www.demografie-portal.de wird seither aktuell über die Demografiapolitik der Bundesregierung informiert und über demografische Themen diskutiert. Das ressort- und ebenenübergreifende Portal liefert wichtige Fakten zum demografischen Wandel und seinen Ursachen, bietet einen Überblick über die Demografiapolitik von Bund und Ländern, und stellt beispielgebend gelungene Projekte aus den Kommunen heraus. Ziel ist es, sukzessive ein deutschlandweites Netzwerk zur Gestaltung des demografischen Wandels sichtbar und nutzbar zu machen.

2. Arbeiten im Ressort- und Länderkreis: Der Wandel vollzieht sich fachübergreifend und regional unterschiedlich

Ressortbesprechungen:

Vernetzt denken – eigenständig umsetzen

Als ressortübergreifender Prozess lebt die Demografiestrategie der Bundesregierung vom regelmäßigen Austausch des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat mit den übrigen Ressorts und dem Bundeskanzleramt, die innerhalb ihrer jeweiligen Zuständigkeit demografiepolitische Themen bearbeiten. Daher wird im Rahmen von Treffen, die grundsätzlich mindestens einmal jährlich stattfinden, über die demografische Entwicklung in Deutschland ebenso gesprochen wie über die jeweiligen Aktivitäten und Maßnahmen. Zugleich werden strategische Ansätze diskutiert und Möglichkeiten zur Durchführung gemeinsamer Projekte eruiert und geplant. Flankiert werden diese Treffen durch weitere regelmäßige Informationen des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat zum Sachstand der Umsetzung eigener demografiepolitischer Formate. Ein Austausch im Ressortkreis findet schließlich auch anlassbezogen statt. So wurden bei der Entwicklung von Maßnahmen zur Demografiesicherung (hierzu mehr in Kapitel II.5) zunächst im engen Austausch Bedarfe und bereits laufende Projekte der Ressorts sondiert. Beispielhaft für die im Rahmen der Zusammenkünfte mit den Ressorts entwickelten gemeinsamen Aktivitäten sind auch die unter Federführung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat erfolgten Vorbereitungen auf eine Initiative auf EU-Ebene.

Bund-Länder-Erfahrungsaustausch:

Gemeinsam in die Fläche denken

Unmittelbar spürbar wird der demografische Wandel jedoch vor Ort, in den Kommunen. Diese wiederum sind in den Bundesländern verortet, die zum Teil die Federführung für einzelne Themenbereiche der Demografiestrategie

haben, wie zum Beispiel im Bildungsbereich. Vielfach liegen regional eigene Konzepte und Strategien zum Umgang mit den Herausforderungen der demografischen Entwicklung vor. In jedem Fall aber gibt es Maßnahmen, die die Auswirkungen eines zunehmend langen Lebens, der niedrigen Geburtenrate oder der Zu- und Abwanderung in Regionen des Landes betreffen. Es liegt daher nahe, auch zwischen Bund und Ländern Erfahrungen auszutauschen und die Demografiestrategie der Bundesregierung kontinuierlich mit den Aktivitäten und Strategien der Länder abzugleichen.

Mindestens einmal im Jahr findet daher zwischen dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und den Demografieverantwortlichen der Bundesländer ein Erfahrungsaustausch zu demografiepolitischen Aktivitäten von Bund und Ländern statt. Auf der Basis der Erfahrungsberichte der Länder zur Umsetzung ihrer landeseigenen Demografiepolitik sowie dem Bericht des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat zu den eigenen Aktivitäten erfolgt ein intensiver und informativer Austausch der Demografieverantwortlichen über die unterschiedlichen demografiepolitischen Ansätze von Bund und Ländern. So berichteten beispielsweise 2019 alle Ländervertreter über ihre jeweiligen demografiepolitischen Vorhaben/Konzepte für das laufende Jahr und gaben einen Ausblick auf die Planungen für das Jahr 2020. Dabei kamen sehr unterschiedliche Vorhaben zur Sprache wie der seit 10 Jahren ausgeschriebene Hessische Demografiepreis mit Schwerpunkt ländlicher Raum als Impulsgeber für die Regionen oder die Förderung von Rückkehrerinitiativen (2019 und 2020 mit jährlich bis zu 230.000 Euro) durch Vereine oder Kommunen in Brandenburg.

Diese Vorgehensweise unterstützt insbesondere die Zusammenarbeit und Vernetzung der Länder untereinander und befördert den gemeinsamen Lernprozess. Das Demografieportal – als Informations- und Kommunikationsplattform für die Demografiepolitik von Bund und Ländern – ist wichtiger Partner dieses Erfahrungsaustauschs. Als solcher dient

es dazu, nicht nur demografiepolitische Maßnahmen des Bundes in Szene zu setzen, sondern auch entsprechende Aktivitäten der Länder nach außen sichtbar zu machen. Dieses schon seit Inbetriebnahme des Portals bestehende Ziel sollen die im September 2020 gestarteten Ländermotive untermauern.

Abb. 15: Bundesländer und ihre Bevölkerungszahl in Millionen (Stand: 31.12.2019)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, © GeoBasis-DE / BKG (2019)

3. Demografieportal im neuen Gewand: Modernes und responsives Design flankiert die Einführung der Ländermonate

2020: Relaunch der Website

Das Demografieportal des Bundes und der Länder präsentiert sich seit September 2020, acht Jahre nach seinem Start, in einem frischen Design: www.demografie-portal.de. Die neue Struktur von Startseite und Navigation erleichtert den Zugang zu Informationen über die Demografiepolitik von Bund und Ländern. Die modernisierte Website mit neuem Logo bereitet auch künftig demografische Themen auf und ist jetzt auch für mobile Endgeräte optimiert. Im Mittelpunkt stehen dabei die Fakten als Grundlage für politische Debatten und Entscheidungen sowie gute Praxisbeispiele wie das Projekt Comeback Elbe-Elster zur Förderung von Rückkehrern in die Heimatregion. Die Gute-Praxis-Datenbank soll den Austausch zwischen den so unterschiedlichen Regionen befördern.

Die Länder stellen sich vor

Im Zuge des Relaunches des Demografieportals wurde die Idee der Einführung des Formates „Ländermonate“ entwickelt und im Bund-Länder-Kreis vorgestellt. Jedes Bundesland hat die Möglichkeit, sich vier Monate lang prominent zu demografiepolitischen Themen auf dem Portal zu präsentieren; der Einstieg findet sich auf der Startseite des Portals in der neuen Rubrik „Im Fokus“. Ziel ist es, den fachlich interessierten Nutzerinnen und Nutzern des Portals tiefergehende Einblicke in die landesspezifische Demografiepolitik zu ermöglichen und Beispiele aus der Praxis sowie relevante Konzepte, Berichte oder Studien vorzustellen. Darüber hinaus sollen verschiedene demografiepolitische Akteurinnen und Akteure wie regionale Demografiebeauftragte und Projektinitiatoren bzw. -träger zu Wort

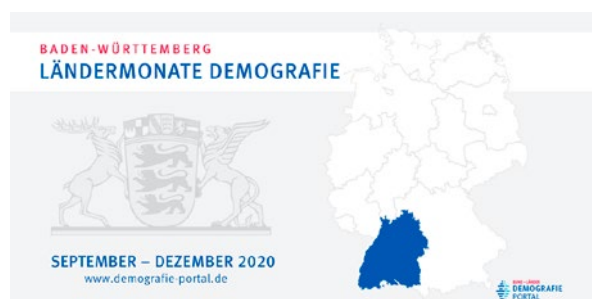


Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

kommen. Auf diese Weise tragen die Länder über das Portal dazu bei, sukzessive ein deutschlandweites, ebenenübergreifendes Netzwerk zur Gestaltung des demografischen Wandels sichtbar und nutzbar zu machen.

Dabei ist die inhaltliche Ausgestaltung der Ländermonate flexibel. Sie können an die individuellen Bedürfnisse und die Situation des jeweiligen Landes angepasst werden. Daseinsvorsorge, Fachkräfte, Pflege oder Quartiersentwicklung, veranschaulicht anhand von Statistiken, Grafiken, über ein Quiz oder ein Interview mit Projektverantwortlichen – sowohl thematisch als auch gestalterisch sollen eigene Ideen der Länder in die Umsetzung einfließen.

Den Anfang machte Baden-Württemberg, das in der Zeit von September bis Dezember 2020 seine Demografiepolitik auf dem Portal vorgestellt hat: www.demografie-portal.de/laendermonate-bw, gefolgt von Bayern in der Zeit von Januar bis April 2021: www.demografie-portal.de/laendermonate-by. Die weiteren Bundesländer folgen.



Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung



Quelle: lvcandy/Getty Images

Ein weiteres Informationstool für alle: Der Demografie-Radar

Der Demografie-Radar zeigt auf einen Blick, wie die demografische Lage in den Regionen Deutschlands aussieht. Dabei zeigen sich regionale Unterschiede, die anhand von Deutschlandkarten auf Kreisebene visualisiert werden. Wesentliche Merkmale sind die Bevölkerungsentwicklung, die Altersstruktur und die Lebenserwartung. So zeigt er zum Beispiel auch anhand der Lebenserwartung die regionalen Unterschiede in den Lebensverhältnissen. Der Demografie-Radar dient daher letztlich dazu, die regionalen Disparitäten in der Bevölkerungsentwicklung und Alterung aufzuzeigen.

www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/demografie/demografie-radar/demografie-radar-node.html

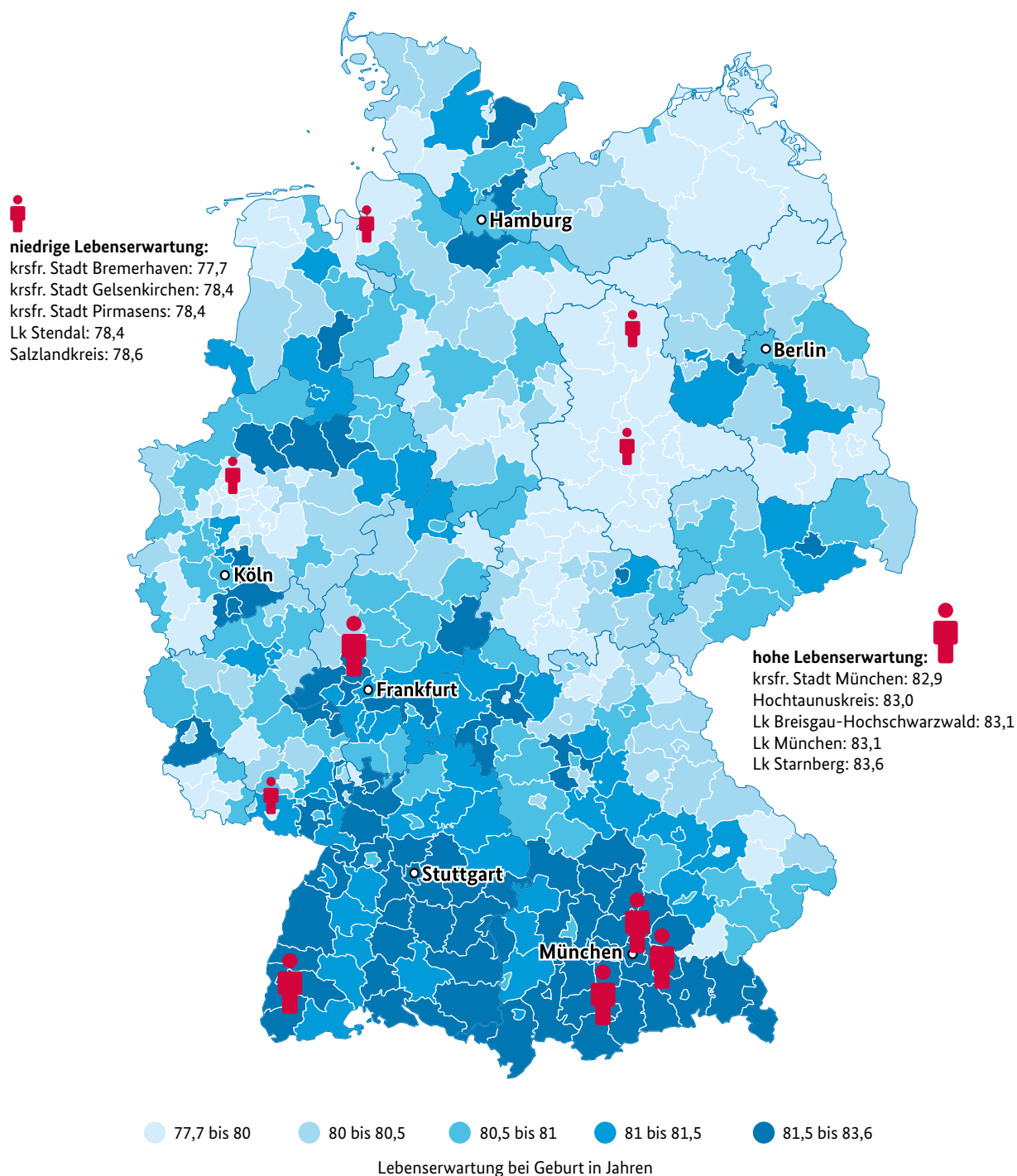
i

Lebenserwartung als Indikator für die Lebensverhältnisse:

Seit 1960 ist die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt in Deutschland um knapp 12 Jahre gestiegen. Regional schwankt die Lebenserwartung aber, was mit Unterschieden in den Lebensverhältnissen und dem gesundheitsrelevanten Verhalten zu tun hat. Spitzenreiter ist der Landkreis Starnberg mit 83,6 Jahren, während die Lebenserwartung in Bremerhaven bei 77,7 Jahren liegt.



Abb. 16: Lebenserwartung bei Geburt (2015 bis 2017)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
 © GeoBasis-DE / BKG (2017)

4. Politikberatung: Maßgeschneidert in alle Richtungen

Die Fülle an Forschungsergebnissen und Erkenntnissen zur gesellschaftlichen Entwicklung innerhalb der Bundesregierung zu verbreiten und anschaulich die Querbezüge herauszustellen, ist ein wichtiges Anliegen im Rahmen der Umsetzung der Demografiestrategie.

Dies kann nur erfolgreich sein, wenn man die Informationen zielgruppenspezifisch aufbereitet und vermittelt:

**Die Hausleitung lässt sich informieren und beraten:
Ministergespräche Demografie**

Um die Umsetzung der Demografiestrategie der Bundesregierung wissenschaftlich fundiert und praxisrelevant zu gestalten, tauschen sich der Bundesinnenminister und andere Mitglieder der Hausleitung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat regelmäßig mit relevanten Akteurinnen und Akteuren zu demografischen Schwerpunktthemen aus. Ein wichtiges Anliegen der Teilnehmenden: Positive Botschaften aus den betroffenen Regionen müssen stärker kommuniziert werden.



Quelle: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

So traf sich am 28. Februar 2019 Bundesinnenminister Horst Seehofer im kleinen Kreis zum Gespräch mit Experten aus Wissenschaft, Kommunalverwaltung und Wirtschaft zum Austausch über die verschiedenen Facetten des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand.

In dem Gespräch ging es insbesondere um die Frage, wie die neu entstandenen Potenziale durch längeres Leben in Gesundheit für jeden Einzelnen besser genutzt werden können. Außerdem wurde unter anderem diskutiert, was diejenige Personengruppe kennzeichnet, die im höheren Lebensalter weiter aktiv und sogar erwerbstätig ist. Dabei kamen die besonderen Potenziale, aber auch die Herausforderungen zur Sprache: Welche Fähigkeiten und Talente liegen brach, und wenn ja, warum? Hierauf aufbauend wurde besprochen, was Politik, Wissenschaft und Wirtschaft tun können, um auch diesen Aspekt der demografischen Entwicklung entsprechend zu gestalten.

Aus dem Gespräch ergaben sich auch Impulse für die Demografiesicherung im öffentlichen Dienst, der sich wie ein Großteil der Unternehmen am Arbeitsmarkt auf die Alterung seiner Belegschaft vorbereiten und mit den daraus resultierenden Herausforderungen auseinandersetzen muss.

www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2019/03/expertenrat-demografie.html



Quelle: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Im Demografiegespräch am 18. Februar 2020 ging es um die Frage, welche Motive dem aktuellen Trend zur Rückkehr in die Heimat zugrunde liegen. So berichtete der Bürgermeister der Stadt Guben in Brandenburg, Fred Mahro, dass häufig Familien in ihre Heimat zurückkehrten. Daher sei das „Gesamtpaket“ für Familien – Kinderbetreuung, Schulqualität, Vereine und „Willkommenskultur“ – nach den Arbeitsmöglichkeiten die wichtigste Voraussetzung für Städte und Regionen, die Rückkehrer gewinnen wollen.

Diskutiert wurden außerdem die Voraussetzungen, die zu einer gelingenden Rückkehr beitragen. Was sind Attraktivitätsmerkmale einer Region, also Faktoren, die Menschen am Ort halten sowie Zuzug fördern? Welche Rolle spielen Rückkehrinitiativen?

Als Expertinnen und Experten waren neben Herrn Mahro Professorin Heike Liebmann von der Brandenburgischen Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung mbH, Dr. Colin von Ettingshausen, kaufmännischer Geschäftsführer der BASF Schwarzheide GmbH, und Sven Guntermann, Vorsitzender des Vereins „Generationen gehen gemeinsam (G3) e. V.“, ins Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat gekommen. Sie diskutierten unter anderem über die Voraussetzungen, die zu einer gelingenden Rückkehr beitragen, über Attraktivitätsmerkmale einer Region und die Rolle von Rückkehrinitiativen.

www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2020/02/demografiegesprach-rueckkehr.html



Quelle: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Demografiepolitische Vernetzung ins Parlament hinein

Ein Großteil politischer Gestaltung erfolgt im Wege der Gesetzgebung oder wird zumindest durch gesetzgeberische Maßnahmen flankiert. Daher gilt es, eine breite Sensibilität für das Querschnittsthema Demografie auch unter den Abgeordneten zu fördern. Im Rahmen einer in dieser Legislaturperiode neu geschaffenen Reihe lädt der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Fraktionen dazu ein, über aktuelle, von einem Wissenschaftler oder einer Wissenschaftlerin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung vorgestellte Forschungsergebnisse zu diskutieren. Thema der ersten Gesprächsrunde am 5. Juni 2019 war die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Beim zweiten Treffen am 18. Dezember 2019 stand der Renteneintritt der Babyboomer im Mittelpunkt des Austauschs. Anlässlich des Jahrestages „30 Jahre Deutsche Einheit“ ging es beim dritten Demografie-Lunch am 2. Oktober 2020 schließlich um die demografischen Entwicklungen in Ost und West in den letzten 30 Jahren.



Quelle: Westend61/Getty Images

Fachtagung „Drei Kinder und mehr – Familien aus der Mitte der Gesellschaft“ am 29. Januar 2020 in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung

Ein weiterer Teil der Politikberatung findet auch im Zusammenspiel mit der Welt der Stiftungen statt. Wer sind die Kinderreichen in Deutschland? Wo wohnen sie und in welchen Lebenslagen befinden sie sich? Die Befunde einer Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung aus dem Jahr 2019 über die Lage kinderreicher Familien waren Grundlage eines von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kooperation mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung organisierten Fachgesprächs. Neben Vertreterinnen und Vertretern der Ressorts, von Interessengruppen und der Kommunalpolitik nahmen auch die Bundesministerin Annegret Kramp-Karrenbauer und der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Hermann Gröhe, MdB, teil. Ein ausführlicher Bericht zu der Veranstaltung sowie die Studie finden sich auf der Webseite des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung unter folgendem Link: www.bib.bund.de/DE/Service/Veranstaltungen/Berichte/2020/2020-02-06-Fachtagung-KAS-BMI-BiB-Kinderreiche-Familie-noch-kein-Zukunftsmodell.html.



Quelle: Juliane Liebers/KAS

Weitere Fachgespräche

Mit dem Ziel, die Mitarbeitenden der Bundesverwaltung fachgerecht über die wissenschaftlichen Erkenntnisse, die für ihren jeweiligen Fachbereich Relevanz haben, zu informieren, fanden mehrere Veranstaltungen statt:

- Alles im Flow – Infoveranstaltungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung zu Migrationsbewegungen am 21. und 22. März 2018

Im März 2018 informierte Frau Dr. Sander, Leiterin des Forschungsbereichs Migration und Mobilität im Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, im Rahmen zweier Informationsveranstaltungen im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat über weltweite Migrationsbewegungen und stellte ihre interaktive Visualisierung von Migrationsströmen, den Global Flow of People, vor. Dabei wurde die Bedeutung von Datenvisualisierung als Brücke zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit sichtbar.

- „Wer lebt wo am längsten?“ – Fachgespräch zur Lebenserwartung auf Kreisebene in Deutschland am 9. Mai 2019

Für die Bewertung der demografischen Entwicklung in den Regionen sind präzise Daten auf Kreisebene von großer Bedeutung. Professor Dr. Roland Rau, Lehrstuhl für Demographie an der Universität Rostock und Max-Planck-Fellow am Rostocker Max-Planck-Institut für demografische Forschung, hat diese Erkenntnis exemplarisch am Thema „Lebenserwartung“ wissenschaftlich untermauert und mit Kolleginnen und Kollegen des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat diskutiert.

Ausstellung „100 Jahre alt werden – aber wie?“, gezeigt vom 15. Oktober bis 13. November 2018 im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Langlebigkeit und Vergreisung, Überalterung der Gesellschaft – all dies sind Begriffe, die mit dem demografischen Wandel vielfach verbunden werden. Was sich im Einzelnen dahinter verbirgt, welche Faktoren Hochaltrigkeit begünstigen und was auf dem Weg dorthin Spannendes passiert – das ist vielen Menschen nur in Ansätzen oder gar nicht bekannt. Und nur, weil das Bundesministerium des Innern,

für Bau und Heimat für das Thema Demografie innerhalb der Bundesregierung federführend ist, heißt dies noch lange nicht, dass die ganze Belegschaft, immerhin rund 2.000 Mitarbeitende, Expertinnen und Experten auf diesem Gebiet sind. Was liegt da also näher, als mit dem Wissenstransfer im eigenen Haus zu beginnen?



Quelle: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Population Europe, die europäische Wissenschaftsvereinigung der Demografen, hat mit Förderung verschiedener Partner (unter anderem dem Bundesministerium für Bildung und Forschung und der Max-Planck-Gesellschaft) die Wanderausstellung „100 Jahre alt werden – aber wie?“ / „How to get 100 – and enjoy it“ entwickelt. Diese wurde von Oktober 2013 bis September 2016 an 25 Orten in Europa gezeigt, beispielsweise bei der Europäischen Kommission und im Europäischen Parlament in Brüssel, in der Universität von Tallin, aber auch sehr bürgernah in einem Budapester Einkaufszentrum. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat konnte die Ausstellung auch für sich gewinnen.

Vier Wochen lang konnten sich Mitarbeitende sowie Gäste des Ministeriums in der von Population Europe konzipierten Wanderausstellung spielerisch und wissenschaftlich fundiert zugleich über den demografischen Wandel informieren. Mit einem Gang durch die zehn Stelen der Ausstellung, die unter anderem die Entwicklung der Lebenserwartung, der Gesundheit und Unabhängigkeit im Alter und der Bevölkerungsgröße in den nächsten Jahrzehnten behandeln, folgten die Besucherinnen und Besucher quasi den Stationen eines Lebens. Dabei boten iPads zum jeweiligen Thema vertiefende Texte, Grafiken, Tabellen, Begriffserklä-

rungen und Videointerviews mit Expertinnen und Experten sowie die Möglichkeit zur Interaktion. So konnten die Besucherinnen und Besucher beispielsweise an Befragungen teilnehmen, sich aus vorgegebenen Parametern ihre Lebenserwartung oder potenzielle Kinderzahl errechnen lassen, sich mit im Alter auftretenden Sehbehinderungen beschäftigen und bei einer Fotosimulation sich selbst in fortgeschrittenem Alter betrachten: „Wie sehe ich in 100 Jahren aus?“

Ergänzend zur Ausstellung griff ein Touchscreen-Bildschirm die zentralen Themen Heimat und Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse auf. Besucherinnen und Besucher konnten sich hier beispielsweise zu regionalen demografischen Aspekten ihres Heimatortes informieren – auch im Vergleich zu anderen Regionen in Deutschland.

Das Interesse an der Ausstellung war groß. Bei der feierlichen Ausstellungseröffnung durch Staatssekretär Dr. Markus Kerber und Dr. Andreas Edel von Population Europe, aber auch an den folgenden Ausstellungstagen wagten zahlreiche Kolleginnen und Kollegen einen Blick in die Zukunft.



Das Netzwerk „Population Europe“ ist ein Verbund von Forschungseinrichtungen im Bereich der Bevölkerungswissenschaften. Es verfolgt das Ziel, Politik, Gesellschaft und Medien in Brüssel und den Mitgliedstaaten über aktuelle Forschungsergebnisse zu informieren, <https://population-europe.eu>. Neben der aktiven Unterstützung der Projekte seiner Partnerinstitute, entfaltet es darüber hinaus auch eigene Aktivitäten. So wird mit der ab 2013 erstellten Wanderausstellung „How to get to 100 – and enjoy it“ die Demografie auch einem Laienpublikum zugänglich gemacht. Hier geht's zum englischsprachigen Factsheet: https://population-europe.eu/sites/default/files/images-in-ckeditor/exhibition_factsheet_2019_0.pdf

5. Demografiesicherung am Arbeitsmarkt: Der öffentliche Dienst geht voran

Eine besondere Herausforderung bei der Umsetzung der komplexen Demografiestrategie liegt darin, Themen voranzubringen, die gleichermaßen viele Akteurinnen und Akteure betreffen. Hierzu gehören in diesem Jahrzehnt die besonderen, demografisch bedingten Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Arbeitsmarkt.

In den 2020er und 2030er Jahren gehen die sogenannten Babyboomer auf die letzten Arbeitsjahre und den Ruhestand zu, die größten jemals verzeichneten Geburtsjahrgänge Deutschlands, die in den 1950er und 1960er Jahren geboren wurden. Damals erblickten pro Jahr rund 1 Million bis 1,3 Millionen Kinder das Licht der Welt, während momentan die jährlichen Geburtenzahlen bei etwa 700.000 Neugeborenen liegen.

Austretende Geburtsjahrgänge (1950 – 1969)	ca. 24,0 Mio.
Eintretende Geburtsjahrgänge (1997 – 2016)	ca. 15,5 Mio.
Differenz	ca. 8,5 Mio.

Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

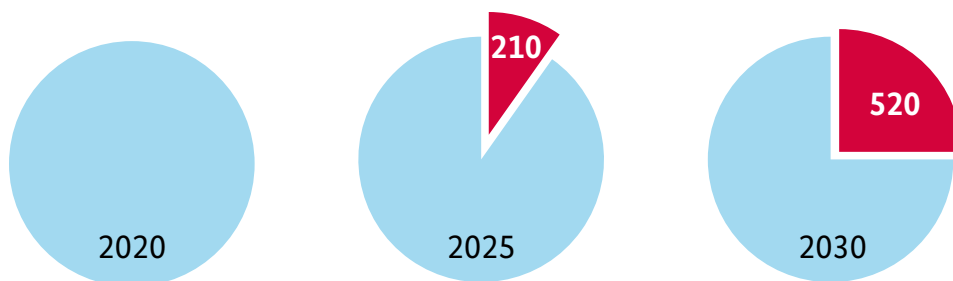
Dies führt dazu, dass die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Erwerbspersonen insgesamt älter werden und entsprechend auch das Alter der Beschäftigten in den Betrieben steigt. Darauf müssen sich Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ebenso einstellen wie auf das Ausscheiden großer Teile ihrer Belegschaften.

Im Ergebnis betrifft Älterwerden nicht nur jeden Einzelnen, sondern den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft als Ganzes. Der Grad, in dem es gelingt, die Babyboomer möglichst lange aktiv zur Entwicklung Deutschlands beitragen zu lassen, ist von wesentlicher Bedeutung für einen erfolgreichen demografischen Wandel am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft.

Der öffentliche Dienst ist bei der Gestaltung dieses Wandels als größter Arbeitgeber Deutschlands (knapp 11 Prozent der in Deutschland erwerbstätigen Menschen sind im öffentlichen Dienst beschäftigt) besonders gefragt – bei der behördeninternen Demografiesicherung ebenso wie als Vorbild für andere.

Bereits im Zuge der Arbeitsgruppenarbeit zur Ausgestaltung der Demografiestrategie der Bundesregierung (2012 – 2017) hatte sich eine Arbeitsgruppe unter Federführung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat der Frage gewidmet, wie man einen attraktiven und modernen öffentlichen Dienst dauerhaft gewährleisten kann. Sie veröffentlichte Empfehlungen für konkrete Maßnahmen, mit denen die Fachkräftebasis im öffentlichen Dienst gesichert werden kann.

Abb. 17: Wie viele der heute Beschäftigten (2.066) sind bereits im Ruhestand im Jahr



Quelle: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

In der aktuellen Legislaturperiode hat das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat gemeinsam mit dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung eine interne Mittagsveranstaltung zum Thema „Babyboomer“ durchgeführt. Dabei wurde deutlich, dass nicht nur Deutschland als Ganzes vor einer besonderen Herausforderung steht, weil sich der Übergang der Babyboomer innerhalb kürzester Zeit vollziehen wird, sondern dass dies auch für das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat als Arbeitgeber zutrifft. Bis zum Jahr 2030 wird rund ein Viertel der jetzigen Belegschaft des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat in den Ruhestand gegangen sein; 60 Prozent davon zwischen 2025 und 2030.

Der im Frühjahr 2019 ins Leben gerufene Jour fixe „Demografiesicherung“ nimmt sich dieser Herausforderung an. Innerhalb des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat werden hier gemeinsam mit den Personalreferaten und der Dienstrechtsabteilung Maßnahmen erarbeitet, um den alterungsbedingten Belegschaftsaustausch im öffentlichen Dienst abzufedern und einem Personalmangel entgegenzuwirken.

Weil diese Themen nicht allein für das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und dessen mit rund 80.000 Beschäftigten sehr großen Geschäftsbereich, sondern für den gesamten öffentlichen Dienst von Belang sind, werden die Ergebnisse des Jour fixe auch den anderen Bundesbehörden zur Verfügung gestellt. Zudem sind sie öffentlich zugänglich und können von anderen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern übernommen und an individuelle Belange angepasst werden.



Zu den im Zusammenhang mit dem Konzept zur Fachkräftesicherung umgesetzten Maßnahmen gehört beispielsweise eine Website (Dachportal) für die öffentlichen Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber aus Bund, Ländern und Kommunen, die zu einer Vielzahl von dezentralen Stellenangeboten im öffentlichen Dienst verlinkt und über die Rahmenbedingungen einer Tätigkeit dort informiert, www.durchstaaten.de. Auf dem Stellenportal finden sich mit wenigen Klicks viele Stellen im Öffentlichen Dienst – Stellen beim Bund, bei den Ländern und den Kommunen.

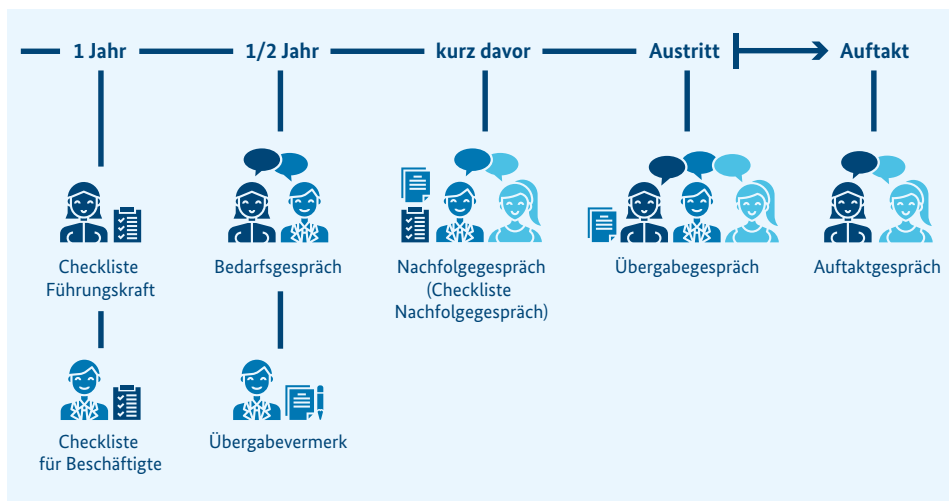
Strukturierter Wissenstransfer

Erstes Produkt des Jour fixe „Demografiesicherung“ war ein Konzept zum strukturierten Wissenstransfer. Scheiden qualifizierte und langjährig erfahrene Beschäftigte aus dem Dienst aus, droht Behörden bzw. den betroffenen Organisationseinheiten der Verlust von Wissen, insbesondere von praktischem Erfahrungswissen. Die Maßnahmen des strukturierten Wissenstransfers wurden entwickelt, um das Wissen und insbesondere die langjährigen, praktischen Erfahrungen aus dem Dienst ausscheidender qualifizierter Beschäftigter systematisch zu erhalten.

Das Konzept soll dabei helfen, Übergänge reibungsloser zu gestalten und Wissensverluste zu vermeiden und enthält mehrere Leitfäden und Arbeitshilfen. Es wurde über zahlrei-

che Maßnahmen innerhalb des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat, bei den anderen Bundesressorts sowie den Geschäftsbereichsbehörden des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat bekannt gemacht und auch auf der Homepage des Ministeriums veröffentlicht: www.bmi.bund.de/DE/themen/oeffentlicher-dienst/arbeiten-in-der-bundesverwaltung/demografiestrategie-oed/demografiestrategie-oed-node.html. Ein Video fasst die Inhalte des Konzepts in zwei Minuten auf anschauliche Art und Weise zusammen: www.bmi.bund.de/SharedDocs/videos/DE/themen/heimat-integration/demografie/wissenstransfer-demografie.html.

Abb. 18: Strukturierter Wissenstransfer



Quelle: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Wege-Weiser

Die Bundesverwaltung hat – wie jede andere Arbeitgeberin und jeder Arbeitgeber auch – ein großes Interesse daran, ältere Beschäftigte möglichst lange gesund und motiviert im Berufsleben zu halten. Denn diese verfügen über einen großen Wissensschatz und wertvolle Erfahrungen.

Bei älter werdenden Belegschaften gewinnt der Erhalt der Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit weiter an Bedeutung. Eine wesentliche Rolle spielen deshalb Maßnahmen zur alters- und altersgerechten Arbeitsgestaltung sowie ein gesundheitsförderliches Umfeld.

Für ein erfolgreiches Durchlaufen der letzten Dienstjahre ebenso wie den Ruhestandseintritt ist ein Austausch zwischen Arbeitgeberin/Arbeitgeber und Beschäftigten unerlässlich. Hierzu hat das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat das WEGE-WEISER-Konzept entwickelt.

Dieses soll den Personalverantwortlichen Maßnahmen an die Hand geben und als Informations- und Unterstützungsangebot für drei aufeinander folgende Lebensphasen dienen:



Quelle: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Die Beschäftigten sollen befähigt werden, diesen Lebensabschnitt selbst zu gestalten und sich zudem als erfahrene, oft langjährige Mitarbeitende wertgeschätzt fühlen. Die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sollen über den Dialog die besonderen Stärken der Beschäftigtengruppe erkennen und besser als bisher fördern, aber auch nutzen können.

Kern des Konzepts ist ein frühzeitig ansetzender Dialogprozess, mit dem beide Seiten in die Lage versetzt werden sollen, transparent und strukturiert zu planen, Hindernisse zu umgehen und den Übergang in den Ruhestand ebenso wie die Zeit danach reibungslos zu gestalten.

Der WEGE-WEISER tangiert vielfältige Themen, die für die jeweiligen Beschäftigten unterschiedliche Relevanz haben. Zu denken ist insbesondere an folgende Bereiche:



Quelle: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Der WEGE-WEISER umfasst verschiedene Maßnahmen und Angebote an die Beschäftigten, aus denen sich die jeweilige Behörde je nach Bedarf ein Maßnahmenpaket zusammenstellen kann. Neben konkreten Anregungen für eine Informationsveranstaltung und dem Vorschlag regelmäßiger Austauschformate zwischen älteren Beschäftigten und der Personalabteilung wurde auch eine Broschüre entwickelt, die kurze Antworten zu den wichtigsten Fragestellungen rund um die o. g. Lebensphasen bietet und auf Möglichkeiten verweist, sich weiter mit den Themen zu beschäftigen. Das Konzept WEGE-WEISER, die Broschüre und ein begleitender Film wurden – wie beim strukturierten Wissenstransfer – den anderen Bundesressorts und den Geschäftsbereichsbehörden des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat zur Verfügung stellt und auf der Homepage des Ministeriums veröffentlicht: www.bmi.bund.de/DE/themen/oeffentlicher-dienst/arbeiten-in-der-bundesverwaltung/demografiestrategie-oed/demografiestrategie-oed-node.html.



III.

Ein europäisches
Netzwerk entsteht



Quelle: Klaus Vadefelt/DigitalVision/Getty Images, Bloomberg Creative Photos/Getty Images

1. Initiative auf EU-Ebene

Der demografische Wandel verändert nicht nur Deutschland, sondern alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Und er ist bereits Realität: Die Anzahl der alten und sehr alten Europäerinnen und Europäer wird die der jungen Menschen auf unserem Kontinent noch in diesem Jahrhundert deutlich übersteigen. Dabei sind Regionen sowohl im europäischen Vergleich als auch innerhalb der Mitgliedstaaten vom demografischen Wandel sehr unterschiedlich betroffen. In einigen, vielfach strukturschwachen und ländlichen Regionen sind Alterung und Abwanderung stark ausgeprägt. Dementsprechend stehen diese Regionen vor besonderen Herausforderungen, beispielsweise in Bezug auf Gesundheitsversorgung, Arbeitskräfte und Mobilität. Es ist zu erwarten, dass sich die Unterschiede sowohl innerhalb der Europäischen Union als auch innerhalb der Mitgliedstaaten künftig in Teilen verstärken werden. Gleichwohl eint die Mitgliedstaaten die Zielsetzung, für alle Lebensalter gute Lebensbedingungen zu schaffen. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist daher für Deutschland wie für unsere europäischen Nachbarn ein bedeutendes Thema.

Die EU-Kommission unter der Präsidentin Ursula von der Leyen hat mit Frau Dubravka Šuica Ende 2019 zum ersten Mal in der Geschichte der EU eine Vizepräsidentin für Demokratie und Demografie eingesetzt, https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2019-2024/suica_en. Eine ihrer wesentlichen Aufgaben besteht darin, Antworten auf die demografischen Herausforderungen zu erarbeiten, die Möglichkeiten zu nutzen, die der demografische Wandel bietet und die Einbeziehung und Unterstützung aller betroffenen Gruppen bestmöglich sicherzustellen. Damit wurde für das Thema Demografie in der EU-Kommission erstmals eine hochrangige eigene Kompetenz geschaffen.

Gleichzeitig hat die kroatische Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2020 das Thema Demografie stark in den Fokus gerückt. Ratsschlussfolgerungen zur Demografie, die die neue Dynamik aufnehmen, wurden verabschiedet, [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020XG0619\(01\)&from=EN](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020XG0619(01)&from=EN). Von der Kommission wurde der „Bericht über die Auswirkungen des demografischen Wandels“ (Juni 2020) vorgelegt, https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/demography_report_2020_n.pdf. Im Januar 2021 ist das „Grünbuch Altern“ erschienen. Eine „Langfristige Vision für ländliche Gebiete“ soll folgen. Somit ist ein deutlicher Schwerpunkt beim Thema Demografie gesetzt.

Wie die Initiativen der kroatischen Ratspräsidentschaft zeigen, rücken wichtige Zukunftsthemen für die EU nunmehr in den Fokus. Denn auch auf europäischer Ebene ist es eine gemeinsame Aufgabe, den demografischen Wandel in allen dafür relevanten Politikfeldern aktiv zu gestalten. Hier kann wirksame Demografiepolitik der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union ansetzen. Die EU eint das gemeinsame Ziel, bestmögliche Rahmenbedingungen zu schaffen, um Menschen aller Generationen die Möglichkeit zu geben, eigene Potenziale und Fähigkeiten zu nutzen und in ein gutes Zusammenleben einzubringen. Letztlich geht es darum, die Teilhabechancen für alle, die Stabilität des Gemeinwesens und damit die Voraussetzungen für funktionierende Demokratien zu sichern. Zudem findet eine anhaltend hohe Abwanderung aus bestimmten Regionen statt, die das territoriale Gefälle zwischen den europäischen Nachbarn vertieft: Ein innereuropäischer Austausch zu Strategien, die querschnittlich angelegt sind und die Herausfor-



Quelle: EU-Kommission

derungen ganzheitlich betrachten, ist daher immens wichtig. Dieser Austausch bietet die Chance, sich partnerschaftlich zu begegnen und bei Themen wie der Digitalisierung, die als Voraussetzung für Teilhabe unabdingbar ist, den neuen Arbeitswelten, den Babyboomern und der Demografiesicherung sowie bei der Gleichwertigkeit von Regionen gute Lösungsansätze zu finden.

Die neue hochrangige Anbindung demografischer Fragen in der EU-Kommission wertet das Thema Demografie im europäischen Rahmen auf und wird dessen künftige Fortführung und Weiterentwicklung europaweit fördern. Deutschland hat sich mit seinen Partnern auf EU-Ebene aktiv in die Gestaltung dieses Prozesses eingebracht.

2. Bilateraler Austausch

Aus Sicht des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat ist eine stärkere Vernetzung Voraussetzung für gemeinsames Handeln.

Während die Akteurinnen und Akteure in Wissenschaft und Forschung europaweit bereits sehr gut vernetzt sind, findet ein Austausch zu Fragen des demografischen Wandels auf politischer Ebene EU-weit bislang nur zu speziellen Einzelaspekten, wie beispielsweise zu Fragen der Raumordnung, statt. Daher hatte sich Deutschland für die EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 zum Ziel gesetzt, zwischen den Mitgliedstaaten einen Austausch zu politischen Herausforderungen und Strategien angesichts der demografischen Entwicklung Europas zu initiieren, bewährte Beispiele guter Praxis zu teilen und zudem Ansatzpunkte für eventuelle Möglichkeiten gemeinsamer, grenzüberschreitender Maßnahmen zu identifizieren, die die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen Nachbarstaaten, aber auch innerhalb einzelner Mitgliedstaaten verbessern können. Zu diesem Zweck fand auf Einladung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat am 17./18. Dezember 2020 online eine Expertenkonferenz zu politischen Strategien statt. Auf diese Weise konnte an die neuen Impulse auf EU-Ebene angeknüpft und die unter kroatischer EU-Ratspräsidentschaft erarbeiteten Ratsschlussfolgerungen konnten aufgegriffen werden.

In Vorbereitung auf die Konferenz hatte das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat seit Sommer 2018 mit verschiedenen EU-Staaten jeweils bilaterale Treffen auf Arbeitsebene durchgeführt, beginnend mit unmittelbaren Nachbarstaaten. Dabei wurden relevante Themen in Bezug auf die Gestaltung des demografischen Wandels und die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse diskutiert und soweit möglich unterschiedliche inhaltliche Schwerpunkte gesetzt, die sich nach besonderen politischen Fokussierungen des jeweiligen Mitgliedstaats richteten. Daher beteiligten sich, wo inhaltlich passend, auch weitere für das Thema fachlich zuständige Ressorts aktiv am Austausch. So nahm zum Beispiel ein Vertreter des Bundesministeriums der Finanzen am Treffen mit Dänemark zu den Themen Babyboomer, Tragfähigkeit und Rente teil; Vertreter des Bundesministeriums der Finanzen sowie des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales brachten sich in die Gespräche mit Italien zu Fragen der sozialen Sicherungssysteme und des Fachkräftemangels ein.



Quelle: CatEyePerspective/iStock/Getty Images

Im Rahmen dieser bilateralen Begegnungen kristallisierten sich wiederkehrende Themen heraus. Denn bei allen Unterschieden zwischen den EU-Mitgliedstaaten gibt es demografische Entwicklungen, die allen gemeinsam sind: Dazu zählen die gestiegene Lebenserwartung und niedrige Geburtenraten sowie die damit verbundene Alterung der Gesellschaft. Der Anteil der über 65-Jährigen ist in der EU (in ihrer heutigen Zusammensetzung) allein in den letzten 30 Jahren um fast 50 Prozent gewachsen. Im Jahr 2050 wird voraussichtlich etwa ein Drittel der EU-Bevölkerung dieser Altersgruppe angehören.

Parallel zu dieser Entwicklung hat sich die Geburtenrate in den europäischen Ländern auf einem niedrigen Niveau eingependelt. Die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau lag im Jahr 2018 in der EU bei 1,55. Die EU-Bevölkerung wächst nur noch aufgrund von Zuwanderung. Zudem findet Abwanderung in größerem Umfang aus bestimmten Regio-

nen statt, die das Gefälle innerhalb der und zwischen den europäischen Staaten vertieft. So sind beispielsweise aus Bulgarien in den vergangenen 20 Jahren rund 550.000 Menschen ausgewandert. Viele von Ihnen sind ins außereuropäische Ausland gezogen. Die Rückwanderungsbewegungen, die es durchaus gibt und die von der bulgarischen Regierung ebenso wie von Nichtregierungsorganisationen massiv gefördert werden, stecken dagegen noch in den Kinderschuhen. Zu einem kleinen Teil wird der Wanderungsverlust Bulgariens durch Zuwanderung aus Staaten außerhalb der EU kompensiert. In der Summe führt die Abwanderung in Verbindung mit einem negativen natürlichen Bevölkerungssaldo jedoch seit inzwischen drei Jahrzehnten zu einem kontinuierlichen Bevölkerungsrückgang Bulgariens. So lebten Ende 2019 in Bulgarien 6.951.482 Menschen und damit fast 20 Prozent weniger als noch Ende 1990 mit 8.669.200 Menschen.

3. Nicht zusammen und doch ganz nah: Virtuell und ministeriell auf EU-Ebene

Die Demografie-Fachkonferenz „Demographic change and equivalent living conditions – Policy strategies in EU member states“ während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft hat gezeigt, dass der demografische Wandel die Mitgliedstaaten der Europäischen Union in den kommenden Jahrzehnten vor ähnliche Herausforderungen stellen wird.

Gemeinsam können die Mitgliedstaaten Strategien austauschen und neu entwickeln, die ein hohes Wohlstandsniveau, gute Lebensqualität und gerechte Teilhabemöglichkeiten sowie den sozialen Zusammenhalt europaweit sichern. Das Anstreben gleichwertiger Lebensverhältnisse wird dabei der Schlüssel sein. Eine gemeinsame, erfolgreiche Gestaltung des demografischen Wandels wird zudem wesentlich zur positiven Entwicklung der Rolle Europas in der Welt beitragen. Die Präsentationen und Diskussionen zu übergreifenden politischen Strategien, aber auch zu Einzelaspekten und praktischen Beispielen wie flexible Lösungen für Rentensysteme, den Umgang mit Wohnungsleerstand, Kreativität

bei der Gewinnung von Rückwanderern und bei grenzüberschreitenden Initiativen gegen den Strukturwandel machten bei der Konferenz deutlich, dass auch europaweit breite politische Ansätze gefragt sind, die alle gesellschaftlichen Bereiche mit einbeziehen.

Die Initiative der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ist ein Beitrag zum besseren Austausch und damit Teil der neuen Impulse auf EU-Ebene, die das Thema demografischer Wandel sowie die politischen Möglichkeiten der Mitgliedstaaten zu seiner erfolgreichen Gestaltung stärker in den europäischen Fokus rücken.



Quelle: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Bildquelle: Getty Images



Quelle: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat



Quelle: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat



IV.

Demografie –
ein weltumspannendes
Thema



Quelle: Martin Puddy/Stone/Getty Images

1. Die Bevölkerungskommission der Vereinten Nationen (VN)

Deutschland ist – neben weiteren 46 Staaten – Mitglied der Bevölkerungskommission der Vereinten Nationen (Commission on Population and Development, CPD), www.un.org/development/desa/pd/content/CPD, einer Fachkommission des Wirtschafts- und Sozialrats der VN (ECOSOC).

Ziel der Kommission ist die Weiterverfolgung der Umsetzung des Aktionsprogramms, das 1994 auf der Internationalen Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung (ICPD) in Kairo beschlossen wurde. In diesem Programm ist die Interdependenz von Bevölkerungswachstum und Entwicklung unterstrichen worden; zugleich wurden auf zahlreichen Politikfeldern wertvolle Empfehlungen gegeben, wie die Entwicklung der Bevölkerung mit einer nachhaltigen (sustainable) wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Einklang gebracht werden kann, www.unfpa.org/sites/default/files/pub-pdf/programme_of_action_Web%20ENGLISH.pdf. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat als für die Demografiepolitik in der Bundesregierung federführend zuständiges Ressort nimmt an den jährlichen Sitzungen der Kommission teil.

Die Kommission behandelt vor dem genannten Hintergrund Fragen der Bevölkerungsentwicklung und ihren Zusammenhang mit der sozioökonomischen Entwicklung von Staaten. Sie nimmt dazu Berichte aus dem VN-System zum Thema „Bevölkerung und Entwicklung“ zur Kenntnis, darunter wissenschaftliche Vorträge und Tätigkeitsberichte der Bevölkerungsabteilung der VN und des Bevölkerungsfonds der VN (United Nations Population Fund, UNFPA). Die Ergebnisse der Kommission, die mit der Agenda 2030 und ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung, www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/nachhaltigkeitsziele-verstaendlich-erklart-232174, möglichst verzahnt werden sollen, gehen in die Generalversammlung ein.

Von zentraler Bedeutung für die Umsetzung der Ziele des Kairoer Aktionsprogramms sind damit das Zusammenspiel von Bevölkerungsdynamik und nachhaltiger Entwicklung – das beinhaltet unter anderem auch Generationengerechtigkeit – sowie die Bekämpfung von Ungleichheit und Fortschritte bei der sozialen Inklusion. Auch Aspekte sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte sowie andere Themen wie Alterung, gesellschaftliche Teilhabe und Migration spielen hierbei eine wichtige Rolle. Beispiele hierfür sind die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit und die Beseitigung sozio-ökonomischer Unterschiede beim Zugang zu Bildung. Gerade für die inklusive wirtschaftliche Entwicklung eines Landes ist der uneingeschränkte Zugang zu Bildung für Jungen wie Mädchen eine Grundvoraussetzung.

Ziel des Prozesses auf VN-Ebene ist es, sich auf gemeinsame bevölkerungspolitische und menschenrechtliche Maßstäbe zu verständigen, die die sozio-ökonomische Entwicklung voranbringen und jeder Frau, jedem Mann und jedem Kind ein besseres Leben ermöglichen. Weitere Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind neben dem Auswärtigen Amt (über die Ständige Vertretung bei den VN in New York) das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH und das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, anlassbezogen auch andere Ressorts, wie das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend oder das Bundesministerium für Gesundheit.



Quelle: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Pandemiebedingt fand das vorerst letzte persönliche Zusammentreffen der Kommission in New York im Frühjahr 2019 statt: Die 52. Sitzung tagte im Jubiläumsjahr (25 Jahre Kairoer Aktionsprogramm) zu dem Thema „Review and appraisal of the Programme of Action of the International Conference on Population and Development and its contribution to the follow-up and review of the 2030 Agenda for Sustainable Development“ und endete mit einer politischen Erklärung, die die Bedeutung der VN-CPD sowie der dazu gehörenden Regionalkonferenzen und deren Abschlussdokumente bekräftigte.

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung nahmen an der Konferenz als Teil der deutschen Delegation neben dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit teil, beteiligten sich durch Redebeiträge im Plenum und richteten am 3. April 2019 in der deutschen Vertretung in New York ein gut besuchtes Side-Event zum Thema „Integrating population dynamics into policy and programme planning“ aus. Hier wurde im Rahmen eines Panels mit anschließender Diskussion unter anderem die Demografiestrategie der Bundesregierung vorgestellt. Kernthemen waren daneben die länderübergreifende Bedeutung demografischer Daten und Analysen als Schlüssel für demografiesensible Politikgestaltung sowie die Gestaltung des politischen Dialogs zu demografischen Fragestellungen.



Quelle: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat



Im Rahmen der ursprünglich für den 30. März bis 3. April 2020 anberaumten 53. Sitzung der Kommission zum Thema „Population, Food security, nutrition and sustainable development“ wurde im Mai die ursprünglich angedachte Resolution durch den Entwurf einer Erklärung ersetzt, die das Thema im Kontext der Pandemie betrachtete. Nach mehreren Runden informeller Konsultation, die pandemiebedingt virtuell stattfanden, wurden die Verhandlungen beendet, da ein inhaltlicher Konsens hierzu ebenso wenig zu finden war wie zu einem Text, der die Diskussionen nur zusammenfassen sollte. Das oben genannte Schwerpunktthema soll nunmehr bei der 54. Sitzung in 2021 umfassend behandelt werden. Das ursprünglich für 2021 vorgesehene Thema „Population and sustainable development, in particular sustained and inclusive economic growth“ soll Gegenstand der Diskussionen der 55. Sitzung im Jahr 2022 sein.

Bereits seit mehreren Jahren ist es im Rahmen der Sitzungen der Bevölkerungskommission nicht gelungen, sich auf eine Resolution zu Sachfragen zu verständigen. Dies liegt unter anderem daran, dass vor allem die Ansichten und Positionen der EU-Mitgliedstaaten von denen der USA und anderer Drittstaaten in Fragen sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte abweichen. Unter anderem aufgrund dieser Entwicklung ist es Ziel, bei der nächsten Sitzung auch die künftige Rolle, Organisation und Arbeitsweise der Kommission zu prüfen.

Die Konferenz von Nairobi

Dem Ziel, den internationalen Dialog zu Strategien im Umgang mit dem demografischen Wandel fortzusetzen und zu verstärken, diente auch die Teilnahme des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat an der von UNFPA sowie der kenianischen und der dänischen Regierung gemeinsam ausgerichteten Jubiläumskonferenz anlässlich von 25 Jahren Kairoer Aktionsprogramm in der Zeit vom 12. bis 14. November 2019 in Nairobi.

Der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (United Nations Population Fund, UNFPA) hat die Federführung für die Umsetzung der Prinzipien und Programme, die auf der Weltbevölkerungskonferenz 1994 in Kairo verabschiedet wurden. Er hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Themen reproduktive Gesundheit und reproduktive Rechte in vielen Ländern auf die politische Tagesordnung gesetzt wurden. Zu seinen Aufgaben zählt, weltweit das Bewusstsein für diese Themen zu fördern. UNFPA tritt außerdem für Chancengleichheit ein und bekämpft Gewalt gegen Frauen.

UNFPA veröffentlicht zudem jährlich den Weltbevölkerungsbericht (Kurzform in deutscher Fassung: www.dsw.org/weltbevoelkerungsbericht). Dieser erläutert aktuelle Themen der Bevölkerungsentwicklung und enthält demografische und sozioökonomische Daten für alle Länder und Regionen der Erde. Zudem unterstützt er Länder dabei, Daten zur Bevölkerungsentwicklung zu erheben und zu analysieren, die als Grundlage für Entwicklungsstrategien benötigt werden. UNFPA arbeitet mit Regierungen und Nichtregierungsorganisationen in mehr als 150 Ländern zusammen. Weitere Infos zu UNFPA finden sich hier: www.unfpa.org/worldwide.

An der Konferenz, auf der auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und das Auswärtige Amt vertreten waren, nahmen mehr als 9.500 Personen aus Regierung, Wissenschaft, Religion und Zivilgesellschaft aus 173 Ländern teil.

Themen aus dem Bereich sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte standen im Fokus der Konferenz, jedoch wurden in verschiedenen Formaten auch demografische Aspekte adressiert und diskutiert, so zum Beispiel in einer Paneldiskussion zur demografischen Dividende. Die deutsche Demografiestrategie war zudem Gegenstand einiger informeller Gespräche am Rande der Konferenz. Unter anderem initiierte der Vertreter von UNFPA Mexiko auf Wunsch der mexikanischen Delegation ein bilaterales

Gespräch mit Deutschland zur Demografiestrategie. Daneben hatte das Thema Bevölkerungsdaten, insbesondere ihre Generierung und Verfügbarkeit, große Bedeutung auf der Konferenz und wurde auch von UNFPA besonders unterstrichen. Im Mittelpunkt standen hier unter anderem Fortschritte bei der Schätzung von sub-nationalen Daten bis zur Gemeindeebene, um kleinräumige Bestandsaufnahmen machen und Entwicklungen präziser beobachten zu können.

Ziel der Konferenz war die Mobilisierung politischer und finanzieller Unterstützung für das „unfinished business“ von Kairo: unter anderem für die Beendigung von Gewalt gegen Frauen, die weitere Reduzierung der Müttersterb-

lichkeit, den Zugang zu Empfängnisverhütung und Sexualerziehung sowie für den Umgang mit demografischen Veränderungen. Dabei wurden Themen wie Alterung der Bevölkerung von Industrienationen ebenso adressiert wie Geschlechtergerechtigkeit und Teilhabe. Nach einem umfangreichen Konsultationsprozess wurde die „Nairobi Erklärung“ mit zwölf globalen „Commitments“, www.nairobisummiticpd.org/content/icpd25-commitments, bereits im Vorfeld auf der Konferenzwebsite veröffentlicht. Deutschland hat die Erklärung in einem eigenen, nationalen „Commitment“ unterstützt, www.nairobisummiticpd.org/commitment/investing-health-rights-and-choices-all.



Natalia Kanem, die Direktorin von UNFPA, auf der Konferenz von Nairobi.

Quelle: Simon Maina/AFP/Getty Images

2. Der Blick nach Asien und darüber hinaus

Die demografische Welt endet nicht an den europäischen Außengrenzen. Insbesondere mit den Themen der Alterung und Demografiesicherung befassen sich auch Länder, die auf der anderen Seite der Erde liegen wie Thailand, Südkorea und Japan. Anderen Herausforderungen sehen sich viele Länder in Afrika und Teilen Südamerikas gegenüber, die einen hohen Anteil junger Bevölkerung zu verzeichnen haben.

Der Blick nach Asien

Parallelen mit und Schnittstellen zu diversen Aspekten der demografischen Entwicklung in Deutschland finden sich vor allem in Ländern im südostasiatischen Raum. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat wird daher in der kommenden Legislaturperiode verstärkt auf Partner in der Region zugehen, um sich zu Strategien im Umgang mit den Herausforderungen des demografischen Wandels auszutauschen. Ein entsprechender bilateraler Austausch findet schon seit längerem auf wissenschaftlicher Ebene statt. Beispielsweise befasste sich ein Forschungsprojekt des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung und seiner südkoreanischen Partner unter anderem mit der Frage, inwieweit die demografischen Erfahrungen Deutschlands im Zuge der Wiedervereinigung als Blaupause für eine ähnliche Situation in Korea dienen könnten.

Auch auf ministerieller Ebene ist das Interesse an einem fachlichen Austausch unter Regierungsvertreterinnen und Regierungsvertretern bereits deutlich geworden. Im April

2019 fand auf Wunsch des thailändischen Office of Civil Service Commission (OCSC), zuständig für Grundsatzangelegenheiten des öffentlichen Dienstes in Thailand, im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat unter Beteiligung eines Vertreters des Bundesministeriums der Finanzen ein Fachgespräch zur demografischen Entwicklung im deutsch/thailändischen Vergleich sowie zu den perspektivischen Auswirkungen auf den öffentlichen Dienst statt. Trotz der Unterschiede, die zwischen den politischen Systemen und den Ansätzen bei der Gestaltung von Maßnahmen bestehen, wurde deutlich, dass Themen wie das zahlenmäßige Verhältnis von junger und alter Bevölkerung und die sich daraus ergebenden Herausforderungen in Bereichen wie Gesundheitsversorgung und Demografiesicherung für beide Länder eine hohe Relevanz haben.

Neben Südkorea und Thailand sind Japan und Singapur weitere wichtige Gesprächspartner in Asien. Auch sie verzeichnen eine starke Bevölkerungsalterung und entwickeln Strategien, um den demografischen Übergang erfolgreich zu gestalten. Die von der Bundesregierung am 2. September 2020 angenommenen Indo-Pazifik-Leitlinien „Deutschland – Europa – Asien: Das 21. Jahrhundert gemeinsam gestalten“ unterstreichen die Wichtigkeit eines solchen gesellschaftspolitischen und wissenschaftlichen Austauschs und stellen ihn auch für die Zukunft auf eine politisch-strategische Grundlage.

www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/regionale-schwerpunkte/asien/indo-pazifik-leitlinien/2380340



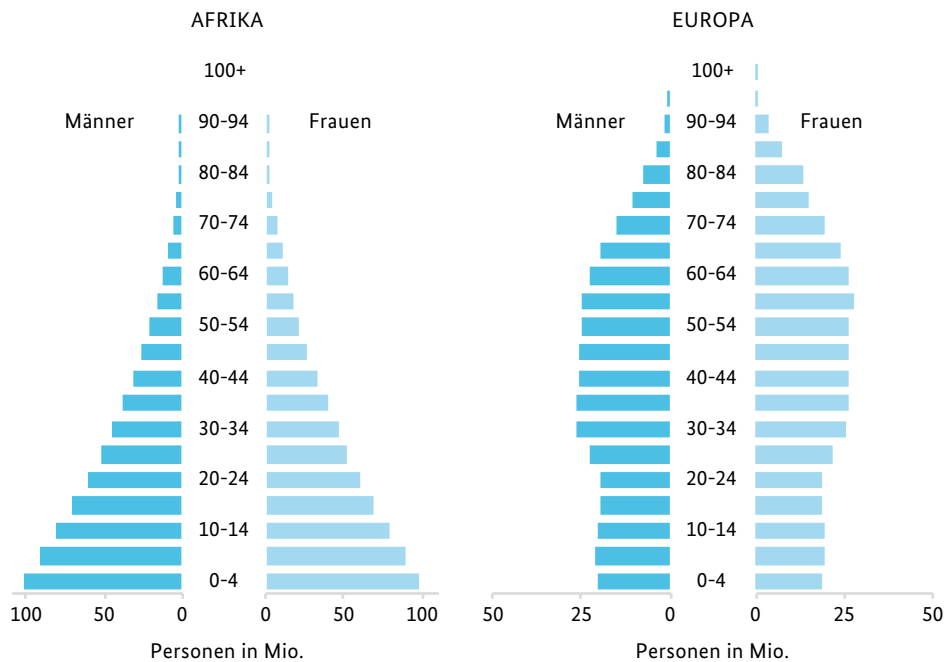
Ein weiteres Beispiel für bilaterale Zusammenarbeit: Gespräch mit der Vertreterin des australischen Schatzamtes in Europa, Emily Martin, am 9. Oktober 2019.

Quelle: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat



Quelle: MR.Cole_Photographer/Moment/Getty Images

Abb. 19: Altersaufbau der Bevölkerung in Afrika und Europa im Vergleich (2020)



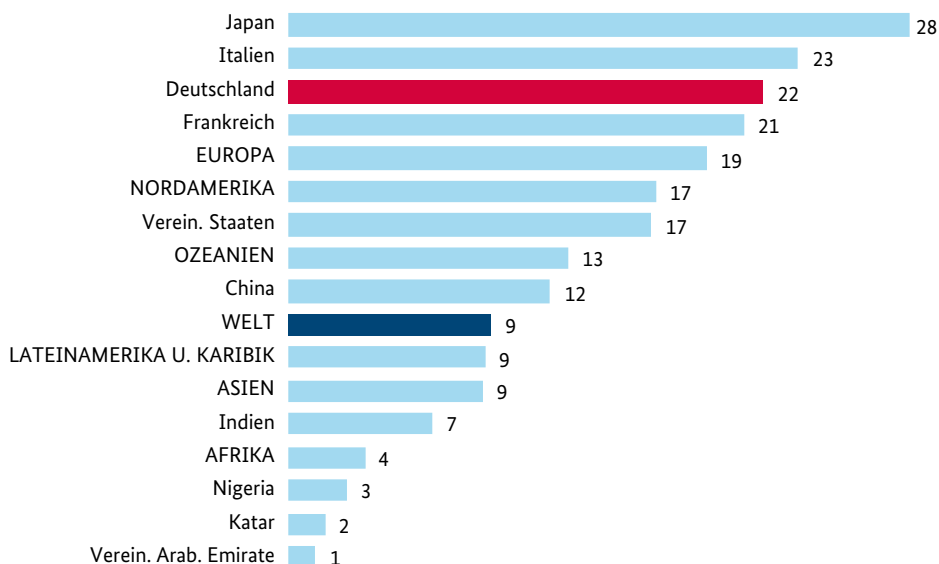
Datenquelle: UN, Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Bei aller Verschiedenheit gibt es auch in der weltweiten demografischen Entwicklung große Parallelen: So ist in den letzten 30 Jahren die Lebenserwartung weltweit gestiegen, während sich das Bevölkerungswachstum aufgrund sinkender Geburtenraten insgesamt verlangsamt hat. Weitere Zuwächse in der Weltbevölkerung werden vor allem in vielen Ländern Afrikas und einzelnen Ländern Asiens erwartet. Die steigende Lebenserwartung führt dazu, dass der Anteil der älteren Bevölkerung weltweit wächst – wenn auch ausgehend von sehr unterschiedlichem Niveau. Liegt der Anteil der Bevölkerung über 65 Jahren in Japan schon jetzt bei 28 Prozent, so beträgt er in Nigeria erst 3 Prozent.



Quelle: ranplett/iStock Unreleased/Getty Images

Abb. 20: Bevölkerung im Alter von über 65 Jahren (Anteil in Prozent) in Weltregionen und ausgewählten Staaten (2020)



Datenquelle: UN, Berechnungen und Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

In einer globalisierten Welt sind uns Fortschritte und Ansätze zur Problemlösung, aber auch negative Entwicklungen und Rückschläge heute viel näher als noch vor 50 Jahren. Aus Sicht des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat sind die internationalen Fragen zu Bevölkerung und Entwicklung auch von Bedeutung für eine vorausschauende Demografiapolitik der Bundesregierung. Gemeinsam mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Auswärtigen Amt setzt es sich daher bilateral und multilateral für eine Stärkung demografischer Themen ein – durch Austausch von Forschungsergebnissen und best practice sowie Beteiligung an der Arbeit internationaler Gremien wie zum Beispiel im Rahmen der Vereinten Nationen (VN).



Quelle: NicolasMcComber/E+/Getty Images

3. Ein Portal zieht in die Welt – mit einem Koffer voller Know-how!

Wissen teilen, Erfahrungen austauschen, demografische Inhalte kommunizieren – all diese auf internationaler Ebene so wichtigen Aktivitäten sind Kernkompetenzen des Demografieportals des Bundes und der Länder als Werkzeug zur Umsetzung der deutschen Demografiestrategie.

Was liegt da näher, als diesen Umstand auch im internationalen Kontext nutzbar zu machen? Ein Vorhaben des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat stellt daher das Portal selbst als best practice Beispiel in den Mittelpunkt.

Aufbauend auf der Konferenz von Nairobi im Herbst 2019 haben Deutschland, UNFPA und die Afrikanische Union am 5. Oktober 2020 eine Reihe von politischen Dialogen zum Thema demografische Vielfalt und demografische Dividende gestartet. Geplant sind mehrere Dialogveranstaltungen, in denen es unter anderem um eine Stärkung technischer Zusammenarbeit gehen soll.

Hier kommt das Demografieportal ins Spiel. Der Beitrag des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat soll darin bestehen, eine von Ministerium und Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung gemeinsam organisierte und betreute Schulungs- bzw. Workshopreihe für Vertreterinnen und Vertreter interessierter afrikanischer Staaten durchzuführen. In dieser sollen vor allem Kenntnisse zum inhaltlichen Aufbau und Betrieb einer Onlineplattform nach dem Muster des Demografieportals vermittelt werden.

Mit der Maßnahme sollen die Akteurinnen und Akteure, die den demografischen Wandel vor Ort aktiv gestalten, in die Lage versetzt werden, das inhaltliche Konzept für eine Plattform zu erstellen, die neben der Verbreitung von Informationen den Austausch von Erfahrung und Wissen ermöglicht. Darüber hinaus sollen sie befähigt werden, in ihren Ländern den für die Entstehung eines Portals benötigten Dialogprozess mit den relevanten Stakeholdern anzustoßen bzw. relevante Prozesse und Strukturen kennenzulernen.

Zu diesem Zweck haben das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung eine „Infobox“ in Form eines Laptops entwickelt, der die Ziele und möglichen Inhalte der Schulungen veranschaulicht und die Adressaten von dem Angebot überzeugen soll: Die Infobox gibt in aller Kürze wieder, was die an der Schulung Teilnehmenden erwartet. Der Kick-off hat sich pandemiebedingt verschoben – aber der Laptop ist schon hochgefahren.



Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung



V.

Covid-19-Pandemie –
Bevölkerungsstrukturdaten
aufarbeiten und vermitteln



Quelle: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Die Covid-19-Pandemie hat überdeutlich gezeigt, wie relevant Bevölkerungsstrukturdaten und eine wissenschaftliche Analyse derselben zur erfolgreichen Krisenbewältigung sind. Ab März 2020 hat das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung für das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und den gemeinsamen Krisenstab des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat und des Bundesministeriums für Gesundheit eine Vielzahl von Lagebeiträgen erstellt, die unterschiedliche Aspekte der demografischen Verfasstheit für die Pandemie beleuchten. Dazu zählen unter anderem Berichte zu Themen wie

- Regionale Variation in der Altersverteilung,
- Regionale Verteilung von Vorerkrankungen sowie
- Heimunterricht („Homeschooling“) und soziale Ungleichheiten.

Ergänzend dazu hat das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung eine Unterseite zur Pandemie auf seiner Internetpräsenz eingerichtet, in der die wichtigsten Ergebnisse übersichtlich zusammengefasst werden:

www.bib.bund.de/corona

Dabei stehen die Auswirkungen der Pandemie auf die Bevölkerung im Mittelpunkt. Ein Online-Dokument unter www.bib.bund.de/DE/Service/Corona/Demografie-und-Pandemie.pdf klärt in leicht verständlicher Sprache über die wichtigsten Erkenntnisse auf.

Zusätzlich haben die Forscherinnen und Forscher des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung ad hoc-Forschungsprojekte in Gemeinschaft mit unter anderem dem Robert-Koch-Institut, dem Max-Planck-Institut für demografische Forschung Rostock, dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt, der Universität Freiburg und dem Höchstleistungsrechenzentrum Stuttgart aufgesetzt.

INFOSSETTE DEMOGRAFIE UND PANDEMIE
Wie das Coronavirus die Bevölkerung trifft
 Wie leben und arbeiten wir mit der Bedrohung durch das Coronavirus? Gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse sind als Grundlage politischer Entscheidungen unverzichtbar. Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BIB) betrachtet es als seine Aufgabe, die Auswirkungen der Epidemie auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und Lebensweisen zu verdeutlichen.

Quelle: Rodolphe Zinsky via Getty Images

Dem Schutz der Bevölkerung kommt höchste Priorität zu – gleichzeitig muss die gesamte Daseinsvorsorge im Blick behalten werden. Die Bevölkerungsforschung kann einen wichtigen Beitrag leisten, um die Ausbreitung des Virus zu kontrollieren und die Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens so gering wie möglich zu halten. So helfen regionalisierte Analysen zur Bevölkerungs- und Altersstruktur, räumliche Konzentrationen von Risikogruppen zu identifizieren. Untersuchungen zur gesellschaftlichen und sozialen Teilhabe zeigen die Auswirkungen der Epidemie auf Menschen in unterschiedlichen Lebens- und Familienformen. Kurzum: Demografische Analysen unterstützen die Politik im Umgang mit der Pandemie.

Neue Forschungsprojekte
 Am BIB wurden kürzlich Forschungsprojekte im Kontext der Corona-Epidemie zu folgenden Themen gestartet:

- Umgang von Familien mit der Mehrfachbelastung durch Home-Office und Kinderbetreuung.
- Modellierung von Bevölkerungsstrukturen in den Einzugsgebieten von Krankenhäusern zur Abschätzung des Bedarfs an Intensivbetten.

ELTERN WÄHREND DER CORONA-KRISE
 Welche Auswirkungen hat die Corona-Krise für das Familien- und Berufsleben? Diese Frage steht im Mittelpunkt der Broschüre. Dabei richtet sich der Blick vor allem auf die Situation der Eltern, die den schwierigen Spagat zwischen Familie und Arbeitswelt bewältigen müssen. [mehr](#)

Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung



Quelle: Dirk Enters

Abschätzung der Vulnerabilität der Bevölkerung in den Einzugsgebieten der Krankenhäuser für eine schwere Covid-19 Erkrankung

Welche Klinik hat noch freie Betten auf ihrer Intensivstation, um Patientinnen und Patienten behandeln zu können, die an Covid-19 erkrankt sind? Diese Frage zu beantworten, ist das Ziel eines Teilprojekts des vom Bundesministerium für Gesundheit finanzierten Projektes SPOCK „Steuerungs-Prognose von intensivmedizinischen COVID-19-Kapazitäten“. Die Antwort hängt unter anderem vom Grad der Vulnerabilität der Bevölkerung für eine schwere Covid-19-Erkrankung in den Einzugsgebieten der Krankenhäuser ab. Hierzu verarbeitet das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung seit Beginn der Pandemie Daten zur Bevölkerung im Alter 70+ auf kleinräumiger Ebene, zur Anzahl der Personen aus Risikogruppen sowie tagesaktuelle Informationen zu den Infektionszahlen im Einzugsbereich des Krankenhauses, zu den Auslastungsgraden in benachbarten Krankenhäusern und weitere Daten. Weitere Projektbeteiligte sind das Robert-Koch-Institut, das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt und die Universität Freiburg. Die Berechnungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung fließen in das Prognosemodell der Universität Freiburg ein, welches die Auslastung einzelner Intensivstationen über mehrere Wochen vorhersagen soll. Die Ergebnisse sollen den politischen Entscheidungsträgern in Form einer interaktiven Kartenanwendung sowie von schriftlichen Lageberichten über die Webseiten von DIVI-Intensivregister und Robert-Koch-Institut zeitnah zur Verfügung gestellt werden. Federführend ist hier die Projektleitung des SPOCK-Projekts am Robert-Koch-Institut.



Quelle: Dirk Enters

Die im Rahmen des SPOCK-Projekts entwickelte Karte stellt tagesaktuelle Informationen zu freien Intensivbetten aus dem DIVI-Intensivregister sowie die Größe und die Altersstruktur der in den Krankenhauseinzugsgebieten lebenden Bevölkerung dar. Die im DIVI-Intensivregister gemeldeten freien Intensivbetten werden dazu im Verhältnis zur Bevölkerung im Alter von 70 und mehr Jahren betrachtet.

Die Darstellung ermöglicht eine exaktere Betrachtung der regionalen Verfügbarkeit von Intensivbetten unter Berücksichtigung der Größe von Risikogruppen in den Krankenhauseinzugsgebieten. Diese Informationen können auch zu einer effektiven Planung der Kapazitätsauslastung einzelner Krankenhäuser und der entsprechenden Zuweisung neuer Patientinnen und Patienten durch die Leitstellen beitragen.



Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Modell zur regionalen Simulation der Wirkung von kontaktbeschränkenden Maßnahmen

Wie lösen die Entscheidungsträger den Zielkonflikt zwischen Wahrung der Gesundheitsversorgung einerseits – keine Überlastung der Intensivversorgung – und den gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen von Kontaktbeschränkungen andererseits? Dieser Frage geht das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung gemeinsam mit Forscherinnen und Forschern vom Höchstleistungsrechenzentrum Stuttgart, dem Max-Planck-Institut für demografische Forschung Rostock und dem Robert-Koch-Institut mit Hilfe täglich bereitgestellter Daten zur Intensivversorgung in deutschen Krankenhäusern nach.

Das Modell soll die Entwicklung der Zahlen der COVID-19-Patientinnen und Patienten auf Intensivstationen für einen Prognosezeitraum von zwei Monaten unter verschiedenen Szenarien vorhersagen und Informationen darüber liefern, welches Maß an sozialen Kontakteinschränkungen im Kontext des oben beschriebenen Zielkonflikts zu welchem Zeitpunkt adäquat ist. Hieraus lassen sich Informationen ableiten, ob und inwieweit Kontaktbeschränkungen reduziert werden können oder verschärft werden sollten.

Abschätzung der Auswirkungen von Kita- und Schulschließungen auf Eltern und Kinder

In einem dritten Projekt geht es schließlich um die Auswirkungen von Kita- und Schulschließungen auf Eltern und Kinder. Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung hat sich dabei unter anderem an einer aktuellen Umfrage der Universität Mannheim beteiligt, die mit repräsentativen Daten einen Vergleich Vor-Corona gegenüber der Situation im Frühsommer 2020 ermöglicht hat. Wie viele Frauen und Männer arbeiten in systemrelevanten Berufen und wie ist die Bezahlung im Partnerschaftskontext? Welche Berufe sind Homeoffice-fähig? Wie hat sich die Zeitverwendung von Familien- und Erwerbsarbeit verändert? Und schließlich: Wie groß ist die psychosoziale Belastung von Familien durch die Corona-Krise? Hierbei wurden bei Familien mit Kindern unter zwölf Jahren die Berufstätigkeit der Eltern (vor allem bei Homeoffice), Familienformen sowie soziale

und gesundheitliche Konsequenzen für die Zielgruppe ins Verhältnis gesetzt. Die Ergebnisse wurden in einer Broschüre veröffentlicht und außerdem mittels einer virtuellen Pressekonferenz am 14. Juli 2020 einem breiteren Publikum zugänglich gemacht.

www.bib.bund.de/DE/Service/Presse/2020/2020-07-Eltern-waehrend-der-Corona-Krise.html

Jenseits der drei genannten Projekte übermittelt das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung wöchentlich Informationen über aktuelle regionale und nach Altersgruppen aufbereitete Krankenhauskapazitäten an den gemeinsamen Krisenstab des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat und des Bundesministeriums für Gesundheit.

www.bib.bund.de/corona

Die Pandemie hat Wissenschaft und Politik vor völlig neue, ad-hoc zu bewältigende Aufgaben gestellt. Um die einzelnen Sonderprojekte durchführen zu können, unterstützt das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung ganz besonders bei der internen und externen Kommunikation der Forschungsvorhaben und -ergebnisse, bei der Vermittlung besonderer Finanzierungsmöglichkeiten für einzelne Sonderprojekte sowie bei der Vernetzung mit den relevanten Partnern.



Quelle: Onur/stock.adobe.com



VI.

Demografie 4.0 oder
„Jedes Alter (er)zählt“



Quelle: Oliver Rossi/DigitalVision/Getty Images



Quelle: Bundesregierung / Jesco Benzel

Um die Vielfalt demografischer Themen, die Herausforderungen des demografischen Wandels und die politischen Gestaltungsansätze einem möglichst breiten Publikum zugänglich zu machen, bedarf es der gesamten Palette der modernen Kommunikationsformen, einschließlich digitaler, visueller Techniken. Parallel zur Erstellung des vorliegenden Berichts bietet das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat daher erstmals die Kernelemente seiner demografiepolitischen Aktivitäten auch in digitaler Form an. Hauptziel dabei ist, die Demografie als klassisches Querschnittsthema in ihrer Außenwirkung noch stärker nutzerorientiert aufzubereiten und vor allem auch die jüngeren Bevölkerungsschichten auf das Thema aufmerksam zu machen und aktiver einzubinden. Denn der demografische Wandel betrifft uns alle – von Alt bis Jung. Die Idee des Digitalproduktes ist es daher, das Thema grafisch in einem neuen, ansprechenden „Look & Feel“ für die Nutzerinnen und Nutzer aufzubereiten. Methodisch begleitet wurde das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat dabei sechs Monate lang von einer Fellow aus dem Fellowshipprogramm Work4Germany (W4G). Das Projekt ist damit ein weiterer Baustein auf dem Weg der Modernisierung und Digitalisierung der (Bundes-)Verwaltung.

i

Work4Germany ist ein Teil von 4Germany, der 2019 gegründeten Tech- und Innovations-Taskforce für die Bundesregierung unter der Schirmherrschaft des Chefs des Bundeskanzleramtes Helge Braun, welche vor kurzem von der Bundesregierung unter dem Namen DigitalServices4Germany erworben wurde. Das Ziel dieses erstmalig pilotierten Fellowshipprogrammes war es, Deutschland fit für die digitale und bürgerzentrierte Zukunft zu machen. Zehn der besten Tech- und Nachwuchstalente aus der Wirtschaft haben hier in sogenannten Innovationstandems mit den Bundesministerien zusammengearbeitet. Gemeinsam wurde in sechs Monaten in strukturierten Programmen das Beste aus der Welt der Start-Ups, Unternehmen, Forschung und Verwaltung vereint, um an konkreten, bereichsübergreifenden Projekten der Bundesverwaltung zu arbeiten. Mehr zu den Einzelheiten von Work4Germany findet sich hier: <https://work.4germany.org/ergebnisse>.



www.demografiepolitik.de/4you/de



VII.

Ein Blick in die Zukunft



Quelle: Qi Yang/Moment/Getty Images

Das Résumé dieser Legislaturperiode ist ausgesprochen vielseitig. Dies liegt vor allem daran, dass die Herausforderungen komplex sind und viele verschiedene Politikfelder tangieren. Diesem Umstand wurde auch durch die zahlreichen unterschiedlichen Formate Rechnung getragen. Dabei wurde deutlich, dass es jenseits von Formaten oder Ebenen vor allem die Schnittstellen mit den großen gesellschaftspolitischen Themen unserer Zeit sind, die das demografiepolitische Geschehen bestimmen: Globalisierung, Digitalisierung, Klimawandel, Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Integration und Gleichberechtigung. Was bleibt also zu tun, um auch in Zukunft den komplexen Anspruch der Strategie möglichst breit und vielfältig einzulösen?

1. Bewährtes fortführen

Demografiesicherung in der Bundesverwaltung vorantreiben

Alle oben beschriebenen Herausforderungen betreffen auch den öffentlichen Dienst. Die Bemühungen, die Bundesverwaltung auf die demografischen Herausforderungen vorzubereiten und den öffentlichen Dienst demografiesicher zu machen, müssen daher in der neuen Legislaturperiode weiter an Fahrt gewinnen.

Das in der auslaufenden Legislaturperiode gestartete Projekt der Demografiesicherung in der Bundesverwaltung wird in den kommenden Jahren weitergeführt. Dabei geht es zum einen darum, die begonnenen Maßnahmen zu evaluieren und situationsgemäß anzupassen. Da die Kommunal- und Landesverwaltungen ebenfalls – und tendenziell in stärkerem Umfang als die Bundesverwaltung – von der demografischen Entwicklung betroffen sein werden, sollten die Projektergebnisse für den gesamten öffentlichen Dienst zur Verfügung gestellt werden; sowohl durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit als auch innerhalb der bestehenden Netzwerke. Gleiches gilt für die anderen staatlichen Säulen, die Legislative und Judikative in Bund und Land. Zum anderen wird es darum gehen, weitere Maßnahmen zu identifizieren, mit denen dem drohenden Beschäftigtenmangel entgegengewirkt werden kann, und diese innerhalb der Bundesverwaltung umzusetzen. Dabei sollte die Gewinnung neuer Beschäftigter genauso in den Blick genommen werden, wie die Situation des bereits beschäftigten Personals, das befähigt werden muss, bis zum Ruhestand gesund und motiviert Arbeitsleistung zu erbringen.

Langfristiges Ziel ist die Verstetigung des aktuellen Projektes. Die demografische Entwicklung muss von der öffentlichen Verwaltung permanent mitgedacht, personalpolitische

Maßnahmen müssen entsprechend geplant und umgesetzt werden. Dies flächendeckend anzustoßen ist Auftrag der kommenden Legislaturperiode.

www.demografiepolitik.de/4you/de

Über Demografie informieren und Wissen teilen innerhalb Deutschlands

Auf nationaler Ebene sollen Veranstaltungs- und Gesprächsformate fortgesetzt und neue entwickelt werden, durch die die demografiepolitischen Akteurinnen und Akteure miteinander ins Gespräch gebracht und vernetzt werden, um Wissen und best practice auszutauschen. Die dabei im Fokus stehenden Themen sollten die ganze Bandbreite der Handlungsfelder der Demografiestrategie abdecken. Dadurch kann das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat seiner besonderen Stellung an der Schnittstelle aller demografischen Themen gerecht werden. Das Demografieportal wiederum kann hierbei wertvoller Wissensträger sein und wird als solcher genutzt werden.

EU-weite Verknüpfung deutscher Demografiepolitik ausbauen

Deutschland ist auch und gerade in demografischer Hinsicht keine Insel. Entwicklungen und Trends in den Nachbarstaaten und darüber hinaus haben häufig auch nationale Auswirkungen. Innerhalb der EU gibt es zudem viele gemeinsame Herausforderungen. Abgesehen davon, dass sich viele andere Mitgliedstaaten ebenso wie Deutschland

den Herausforderungen einer alternden Gesellschaft stellen müssen, sind es spezifische Themen wie das Ausscheiden der Babyboomer aus dem Arbeitsmarkt, die Tragfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme oder Aspekte der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mit der sich Demografiepolitik EU-weit befasst. Dabei gehört Deutschland mit seiner seit 2012 bestehenden Demografiestrategie zu den wenigen Ländern, die ihre politischen Ansätze in den verschiedenen Lebensbereichen konsolidiert und einen ebenen- und ressortübergreifenden Dialogprozess auf den Weg gebracht haben. Aufgrund der damit gemachten Erfahrungen und der starken Überzeugung von der Attraktivität eines chancenorientierten Ansatzes der Demografiestrategie ist es wichtig, dass Deutschland seine demografiepolitischen Positionen auch auf europäischer Ebene aktiv weiter einbringt und vertritt. Zugleich gilt es, von den kreativen Ideen, Modellen und Gestaltungsansätzen anderer Mitgliedstaaten zu lernen und sie für die Fortentwicklung deutscher Demografiepolitik nutzbar zu machen. Daher sollen die in dieser Legislaturperiode begonnenen europäischen Treffen auch über die im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft durchgeführte Demografiekonferenz hinaus mit dem Ziel der weiteren Vernetzung fortgesetzt werden. Die Konferenzergebnisse haben hier wertvolle Anhaltspunkte für inhaltliche Schwerpunkte der Zusammenarbeit geliefert.

Beteiligung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat auf internationaler Ebene stärken

Die jüngere Vergangenheit hat gezeigt, dass das demografische Geschehen in Deutschland im unmittelbaren Zusammenhang mit den weltweiten Entwicklungen steht, so zum Beispiel im Bereich Migration. Das Wirken und der Austausch auf der Ebene der Vereinten Nationen und der Dialog mit Staaten, die unser demografisches Profil teilen, werden an Bedeutung zunehmen. Daher sollte das bisherige Engagement fortgesetzt und vertieft werden – in internationalen Gremien sowie mit den Partnern im unmittelbaren Austausch. Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, das einen Forschungsschwerpunkt im Bereich internationaler Bevölkerungsentwicklung hat, wird das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat hierbei unterstützen.

Forschung am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung als stabile Grundlage demografiepolitischen Handelns stärken

Vieles von den angedachten Maßnahmen und Projekten ist nur möglich, wenn Daten zeigen, dass sie eine Wirkung haben werden. Im (demografie-)politischen Diskurs wird vielfach gefordert, Ziele, Entscheidungen und Gestaltungsmaßnahmen stärker evidenzbasiert auszurichten. Und: Präzise erhobene und präsentierte Fakten beugen Populismusblasen vor. Daher investiert das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat fortlaufend in Forschungsarbeit. Es gilt, auch künftig Grundlagenforschung auszubauen und zu finanzieren. Eine wichtige Rolle kommt dabei dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung zu, das Ursachen und Folgen des demografischen Wandels untersucht. Mit Hilfe von Bevölkerungsstudien, Vorträgen sowie Beiträgen zur demografischen Entwicklung in Gesetzgebungsvorhaben und Berichten des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat und der Bundesregierung stellt es seine wissenschaftliche Expertise zu Ursachen und Wirkung zur Verfügung. Da die Forschungsergebnisse des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung Grundlage der Beratung der Bundesregierung und der Bundesministerien sind, gilt es, diese noch mehr als bisher ins Zentrum politischer Gestaltung zu rücken und die Sichtbarkeit des Instituts und seiner Arbeiten in Politik und Öffentlichkeit zu erhöhen.

Um politische Maßnahmen passgenau zu entwickeln und einzusetzen, bedarf es nicht zuletzt auch einer guten Datengrundlage und guter Voraussetzungen für die Forschung. Durch eine weitere Vereinheitlichung und systematische Erweiterung der amtlichen Statistik könnten hier Erleichterungen geschaffen werden. Sinnvoll scheint darüber hinaus auch eine stärkere Förderung von vergleichender Surveyforschung, um Lücken in der amtlichen Statistik zu schließen. Auch könnten durch die Schaffung von dauerhaften finanziellen Grundlagen bereits anerkannte Dateninfrastrukturen und Programme so unterstützt werden, dass mit ihnen eine vergleichende Dauerbeobachtung demografischer Prozesse ermöglicht wird.

2. Weltweite Entwicklungen aufgreifen und eigene Akzente setzen

Insgesamt geht es darum, die Handlungsfähigkeit im demografischen Wandel zu stärken, und dabei andere Megatrends, sei es Digitalisierung, Globalisierung oder Klimawandel, mitzudenken.

Diesem strategischen Ansatz, der in der Demografiestrategie bereits angelegt ist, sieht sich das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat auch künftig besonders verpflichtet. „Jedes Alter zählt“ bleibt dabei die Richtschnur und richtiger Ton – der Anspruch, Deutschland für alle Generationen stark, vielseitig und resilient aufzustellen. Worauf wird es künftig ankommen?

Weichen stellen in der Jugend

In einer alternden Gesellschaft wird unsere Jugend zu einer zahlenmäßig immer kostbareren Ressource. Erfolgreiche Demografiepolitik für diese Personengruppe hieße zum Beispiel noch stärker als bisher in Bildung zu investieren, die zu erfolgreichen Abschlüssen führt, sowohl im Bereich der Schule als auch der weiteren Ausbildung. Denn Studien im Bildungsbereich zeigen: Eine geringe Bildung von Eltern geht oft einher mit einer geringeren Bildung auch der Kinder. Die Jugendlichen von heute sind die Eltern von morgen, zugleich aber auch die künftigen Erwerbsfähigen und die potentiellen Ehrenamtlichen. Daher ist es entscheidend, frühzeitig die richtigen Weichen zu stellen, um heranwachsende Menschen vielfältig zu befähigen und ihnen so weit wie möglich gleiche Chancen zu eröffnen. Hierzu zählt auch, zum Beispiel Förderentscheidungen mittels bildungsbezogener Demografieindikatoren zu treffen. Wie sehr unzureichende Investitionen zum Beispiel in IT-Infrastruktur den gleichberechtigten Zugang zu Bildung beeinträchtigt, hat gerade erst die Covid-19-Pandemie deutlich vor Augen geführt. Die Schaffung von Bildungschancen für alle

von Anfang an ist zugleich der Schlüssel für eine erfolgreiche Beschäftigungskultur, die die Potenziale aller Bevölkerungsgruppen nutzt.

Die Rush Hour des Lebens gestalten

Damit Lebensqualität tatsächlich spürbar wird und der gesellschaftliche Zusammenhalt zwischen Jung und Alt ein tragfähiges Bindeglied ist, müssen die Rahmenbedingungen insbesondere im mittleren und längsten Lebensabschnitt, der sogenannten Rush Hour des Lebens, gesetzt und demografiepolitisch aufeinander abgestimmt werden. Denn in keinem anderen Lebensabschnitt greifen so viele verschiedene Politikfelder zugleich ineinander: Es gilt, gesund und motiviert durch ein immer länger werdendes (Arbeits-) Leben zu kommen und dabei Familie und die Pflege von Angehörigen mit dem Beruf und der persönlichen Karriereplanung zu vereinbaren. Und auch hier ist Bildung einer der Schlüsselfaktoren – in Form bedarfsgerechter Aus- und Weiterbildung auch als Ausdruck lebenslangen Lernens.

...insbesondere angesichts einer neuen Arbeitswelt

Dies gilt umso mehr angesichts der langen Lebenserwartung, die auch zu einer längeren Verweildauer im Beruf führt. Noch nie haben Menschen so lange gearbeitet wie heute. Dabei ändern sich Kompetenzen, Motivation, Belastbarkeit und Prioritäten im Verlaufe eines Lebens. Zeitgleich



Quelle: Harvard University Classroom

wird das Arbeitsleben komplexer und ist zunehmend durch Veränderungen geprägt. Moderne Bürotechnik, agile Arbeitsmethoden und Homeoffice prägen inzwischen auch den Arbeitsalltag von Menschen, die vor wenigen Jahrzehnten mühsam Texte noch mit Schreibmaschine immer wieder neu schreiben mussten. Auch entstehen durch den digitalen Wandel ganz neue Tätigkeitsprofile und Jobs; und bei Tätigkeiten, die bereits bestehen, werden andere Aufgaben als bisher an Bedeutung gewinnen. Daher wird es immer weniger so sein, dass wir die einmal erlernte Tätigkeit ein ganzes Leben lang ausüben. Flexibilität und die Fähigkeit, sich im beruflichen Kontext immer neue Fertigkeiten und Tools anzueignen, werden weiter an Bedeutung gewinnen. Die einmal erworbene Bildung und Ausbildung wird nicht mehr durch ein ganzes Berufsleben tragen. Expertinnen und Experten sind insoweit ganz deutlich: Generell ist die Berufsbildung künftig darauf auszurichten, Menschen zu befähigen, in ihrem Berufsleben Tätigkeitswechsel vorzunehmen.

Dabei sind es neben den Beschäftigten auch die Unternehmen, die sich den neuen Herausforderungen stellen müssen. Für beide Seiten wird ein fortdauerndes Austarieren der jeweiligen Möglichkeiten auf lange Sicht an Bedeutung weiter zunehmen. Gerade wo ältere und / oder gesundheitlich eingeschränkte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dank neuer Arbeitsweisen weiter am Arbeitsleben teilhaben und Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber länger von ihren Erfahrungen und ihrer Produktivität profitieren können, wird der Zusammenhang zwischen Lebensqualität und Wohlstand offensichtlich.

Ein Projekt, das Demografie und konkretes politisches Handeln verbindet, könnte ein zweites Bildungs- und Neuorientierungsjahr im mittleren Berufsleben, im Alter zwischen 40 und 50 Jahren, sein. Zusammen mit den Innungen, Kammern, Universitäten und Weiterbildungseinrichtungen könnten dort neue Berufsfelder erschlossen werden, wo zum Beispiel ein körperlich stark beanspruchender Beruf keine weiteren 25 Arbeitsjahre im gleichen Bereich zulässt. Bei akademischen Berufen ginge es darum, die fachliche Auffrischung, die Verstetigung und den Erwerb neuen Wissens, gerade auch mit Blick auf neue digitale Arbeitsmethoden und Techniken zum Standard statt zur Ausnahme zu machen.

...und im familiären Umfeld

Auf Seiten der Beschäftigten kann eine solche Neuorientierung zum Beispiel parallel zur oder im Anschluss an die Familiengründung in Betracht kommen. Eine stärkere Hinwendung zum Familiären erfordert zumeist auch eine zeitliche Anpassung der Arbeitszeit, eine Verlagerung des Arbeitsplatzes nach Hause oder bringt gar einen zeitweisen Ausstieg aus dem Job mit sich. Hier können neben der Digitalisierung auch Fortschritte und Projekte bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf helfen. Ob weitere Maßnahmen im Bereich der Elternzeit oder steuerliche Entlastungen – vermutlich gibt es neben diesen bekannten Instrumenten noch eine Vielzahl weiterer Ideen, die dabei unterstützen, dass Frauen bzw. Paare die Anzahl von Kindern bekommen, die sie eigentlich wollen, ohne dabei auf die Umsetzung ihrer beruflichen Pläne zu verzichten. Zugleich bringt eine Gesellschaft damit die erforderliche Wertschätzung für Familien im Sinne der Demografiestrategie zum Ausdruck.



Quelle: izusek/E+/Getty Images

Selbstbestimmtes Leben im Alter

Das Ziel, Wohlstand und Lebensqualität für alle Generationen zu erhalten und zu fördern, bedeutet, auch für die Menschen im Ruhestand und in der Hochaltrigkeit Teilhabe am Leben zu ermöglichen. Einer der Voraussetzungen hierfür ist ein Prozess, der die demografische Debatte in besonderem Maße prägt: Active Ageing. Gesundes und aktives Altern ist ein zentrales Handlungsfeld der Strategie im Pfeiler Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Es berührt Themen wie lebenslanges Lernen, Teilhabe, Vernetzung, zivilgesellschaftliches Engagement, Gesundheitsprävention sowie Übergänge vom Arbeitsleben zum Ruhestand und Ähnliches und ist daher ebenso querschnittsrelevant wie die Demografiepolitik im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat. Vor allem gilt es, bis ins hohe Alter mobil zu bleiben und möglichst lange in den eigenen vier Wänden wohnen bleiben zu können. Barrierefreies Wohnen ist hier ein wesentlicher Faktor. Daneben ist es aber vor allem – wie der englische Begriff active ageing schon impliziert – ein aktives Leben, das zu einem längeren Leben maßgeblich beiträgt. Dies kann zum einen durch Teilhabe am Arbeitsleben gewährleistet sein. Viele ältere Menschen, darunter auch Hochbetagte, erfüllen jedoch mit großem persönlichen Engagement informelle und ehrenamtliche Tätigkeiten; im familiären Bereich wie bei der Betreuung von Enkelkindern ebenso wie außerfamiliär, zum Beispiel als Lesepatinnen und Lesepaten. Sie leisten dadurch einerseits einen unmittelbaren wirtschaftlichen Beitrag und ermöglichen der jüngeren Generation, Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Zivilgesellschaftliches Engagement kann zudem bis ins höhere Lebensalter hinein sinnstiftend sein, vor Einsamkeit schützen und damit zum Wohlbefinden eines Menschen beitragen.

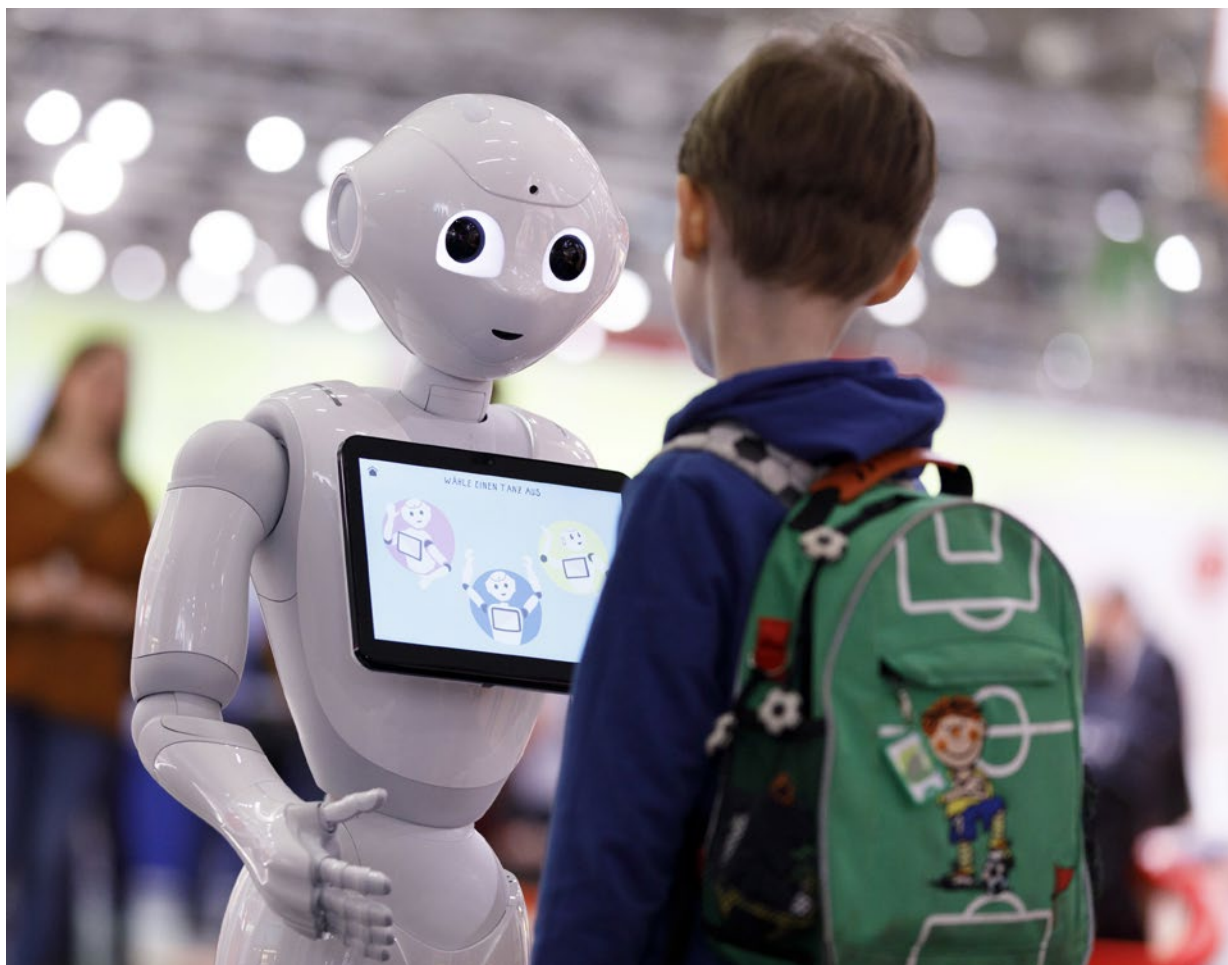
Technologie an der Schnittstelle von Demografie und Gesundheit

Der technologische Fortschritt wird dazu beitragen, fehlende Arbeitskräfte – auch durch das Ausscheiden der Babyboomer – zu kompensieren und Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit, auch im internationalen Kontext, zu erhalten. Er hilft aber auch und vor allem, die Folgen der Alterung der Gesellschaft im Gesundheits- und Pflegesektor abzufedern, dort, wo der Einsatz von Telemedizin unter bestimmten Umständen den Gang zum Arzt ersetzen und Roboter Pflegekräfte bei schweren Tätigkeiten unterstützen können.

...und ihr Einfluss auf weitere Lebensbereiche

Gelingt die Digitalisierung werden die Disparitäten abnehmen: Selbstfahrende Autos bzw. Assistenzsysteme halten uns dann auch im hohen Alter eigenständig mobil, Haushaltsroboter können in den zahlreicher werdenden Einzelhaushalten die in der Hochaltrigkeit mühsam werdenden Routinen abnehmen. Digital zugängliche Veranstaltungen in Kunst, Kultur, Politik und Vereinen ermöglichen Teilhabe unabhängig von der körperlichen Beweglichkeit und beugen Einsamkeit vor. Rückenwind für ein selbstbestimmtes Leben im Alter ist auf diese Weise ebenso zu erwarten wie positive Effekte im Zusammenhang mit der Förderung des ländlichen Raums als lebenswertes Umfeld.

Diese großen Themen mit allen Bürgerinnen und Bürgern zu gestalten ist nicht nur ein Erfolgsfaktor für gelingende Demografiepolitik, sondern der Schlüssel für eine lebendige und zukunftsfähig ausgerichtete Demokratie.



Quelle: picture alliance/Geisler-Fotopress



Quelle: Cecilie_Arcurs/E+/Getty Images



Quelle: BSIP/Universal Images Group/Getty Images



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 10557 Berlin
E-Mail: service@bmi.bund.de, Internet: www.bmi.bund.de

Stand

Januar 2021

Druck

Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, Sontraer Straße 6, 60386 Frankfurt am Main

Gestaltung

ORCA Campaign GmbH, Alter Wandrahm 11, 20457 Hamburg

Bildnachweis

Titelbild: Jay's photo/Moment/Getty Images

Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten

Bestellmöglichkeit

Artikelnummer: BMI21020

E-Mail: publikationen@bundesregierung.de

Diese Publikation wird von der Bundesregierung im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.